

SEDUTA n. 50 del 21.04.1995

Presidenza del Presidente Tretter

Ore 10.10

PRESIDENTE: Prego i signori Consiglieri di prendere posto e di procedere all'appello nominale.

DENICOLO': *(Sekretär):(ruft die Namen auf)*
(segretario):(fa l'appello nominale)

PRESIDENTE: Signori consiglieri la seduta è aperta.
Hanno giustificato la loro assenza i consiglieri Benussi, Durnwalder, Leitner, Magnabosco, Tosadori e Valduga.
Diamo lettura del processo verbale della precedente seduta.

DENICOLO': *(Sekretär):(verliest das Protokoll)*
(segretario):(legge il processo verbale)

PRESIDENTE: Ci sono osservazioni in merito al processo verbale? Nessuna, il processo verbale si intende approvato.

Comunicazioni:

Sono state presentate le seguenti interrogazioni:
n. 76, dal Consigliere Waldner, concernente il rispetto da parte della Giunta regionale della proporzionale e del bilinguismo;
n. 77, dei Consiglieri Chiodi e Pinter, concernente le nomine dei futuri rappresentanti della Regione nella società Autobrennero.

Riprendiamo la trattazione del punto 2) dell'ordine del giorno: **Disegno di legge n. 28: Modifica della legge sulle iniziative per la promozione dell'integrazione europea e disposizioni per lo svolgimento di particolari attività di interesse regionale (presentato dalla Giunta regionale)**.

Siamo in discussione dell'emendamento a firma Benedetti ed altri, che recita: dopo la lettera h/bis è inserita la seguente lettera "g) favorisce in particolare tutte le iniziative culturali e formative che riguardano i giovani anche a livello universitario."

Si era iscritto a parlare il cons. Benedikter, ne ha facoltà.

BENEDIKTER: Ich habe mir soeben das Protokoll über dieses Gesetz von 1988 beschafft, wo ich eben noch aufgetreten bin als Mitglied der Südtiroler Volkspartei. Ich lese hier nur zwei Dinge, es gibt dann mehrere.

Es geht darum die richtige Arbeitsteilung zwischen der Region und den beiden Provinzen zu finden, weil eben die Region das Territorium beider Provinzen mitumfaßt und man nicht darum herumkommt. Zum Unterschied von allen anderen Regionen Italiens haben hier bei uns weder die Region noch die Provinzen das Europamonopol, sondern beide müssen zusammen wenn schon europäisch aktiv werden. Bei der Arbeitsteilung können wir selbstverständlich nicht einverstanden sein mit einem gewissen Vorschlag, wenn schon muß es heißen, daß aufgrund der Zuständigkeiten der Region einerseits und der Provinzen andererseits eben beide diese politische Aufgabe haben. Beide Körperschaften haben politische Autonomie und nirgends im Autonomiestatut steht geschrieben: Zuständigkeit Sachgebiet Europa usw. Aber bei uns gibt es zwei politische Autonomien, die auch für die europäische Einigung aktiv werden können. Es geht um die richtige Arbeitsteilung und die beste Formel dürfte sein, daß man auf die jeweiligen sonstigen Zuständigkeiten hinweist. Ich komme noch darauf zurück.

Aber zum Antrag hier: "fördert alle Initiativen im Kultur- und Bildungsbereich auch auf Hochschulebene, welche die Jugendlichen betreffen." Das ist einwandfrei eine Angelegenheit, eine Zuständigkeit der Provinzen. Wir wissen, daß die Provinzen zuständig sind für Kultur und Bildungswesen, und was die Hochschulen betrifft, sind die Provinzen nicht zuständig. Da gibt es keine Zuständigkeit, aber außerordentlicherweise kann die Provinz Bozen regeln...

(Unterbrechung - interruzione)

PRESIDENTE: Chiedo scusa, cons. Benedikter, c'è qualcosa che non funziona nella traduzione, le chiedo di pazientare un attimo.

Cons. Benedikter può continuare, abbiamo dei tecnici molto efficienti.

BENEDIKTER: Also ich bin 1988 als Mitglied der Südtiroler Volkspartei, als Sprecher glaube ich, dafür eingetreten, daß weder die Region noch die Provinzen sagen können: Wir allein sind zuständig für Europa! Da muß man eine Arbeitsteilung finden und die Arbeitsteilung kann verfassungsrechtlich einwandfrei nur darin bestehen, daß man die jeweiligen Zuständigkeiten beachtet. Das steht hier im Protokoll und ich muß sagen, daß die Initiativen im Kultur- und Bildungsbereich auch auf Hochschulebene einwandfrei unter die Zuständigkeit der Provinzen fallen, im besonderen der Provinz Bozen, wo auch die Zuständigkeit im Rundfunk- und Fernsehwesen noch verankert ist im Unterschied zur Provinz Trient. Was die Hochschulebene betrifft, hat selbstverständlich weder Trient noch Bozen eine Zuständigkeit, noch hat sie die Region, aber Bozen hat die Zuständigkeit die Förderung zu regeln. Wenn schon hat hier die Provinz irgendwie eine Zuständigkeit und auf keinen Fall die Region.

Ich habe gestern erwähnt, daß wir seinerzeit ein Landesgesetz erlassen haben, das Gesetz vom 21. Oktober 1958, Nr. 7 betreffend die Kulturbeiräte und die Landeskulturfonds. Darin ist vorgesehen, daß im Sinne des Pariser Abkommens und gemäß Autonomiestatut, gemäß Artikel 6 der Verfassung, für ethnische Minderheiten

und zur Förderung der deutschen, italienischen und ladinischen Sprachgruppen in Südtirol für jede Sprachgruppe Landeskulturbeiräte sowie ein Fonds zur Finanzierung und Gewährung von Beiträgen und Beihilfen gemäß den folgenden Bedingungen eingerichtet werden. Und dann steht eben: "Die im Artikel 1 genannten Ziele umfassen Vorhaben, Veranstaltungen und Beziehungen, Einrichtungen, die mit den Sachgebieten gemäß Artikel 8 Ziffer 3 und 4 zusammenhängen, im besonderen die Einbindung der deutschen und ladinischen Sprachgruppe mit dem deutschen und ladinischen Kulturraum." Die Einbindung, die Integration - wie sie im Italienischen heißt: l'integrazione con l'aria culturale tedesca e ladina - kann man selbstverständlich nicht sagen, daß sie wieder was anderes ist, diese Integration mit dem Sprachraum, wie es heißt Kulturraum. Das ist was anderes als die europäische Einigung. Das geht selbstverständlich ineinander über.

Ich habe das Memorandum hier, ich werde in der Bibliothek eine Fotokopie dieses Memorandums abgeben, es war der Tagesordnungspunkt 68 in der Generalversammlungssession der Vereinten Nationen vom Oktober 1960, und der Punkt war der Status des deutschsprachigen Elements in der Provinz Bozen. Erfüllung des Pariser Abkommens vom 5. September 1946 war auf der Tagesordnung der Vereinten Nationen und das Memorandum ist vom 12. Oktober 1960. Dies erfolgte aufgrund eines Vorstoßes Österreichs, weil Italien das Pariser Abkommen durch die Regionalautonomie nicht richtig durchgeführt hat. In diesem Memorandum hat Österreich eben auch gesagt: Die Region hat 40 Zuständigkeiten, die Provinzen haben 12 Zuständigkeiten und die wesentlichsten und wichtigeren sind bei der Region, bei der Zweidrittelmehrheit, die italienisch ist und nicht bei der Provinz, deren regionale Autonomie eigentlich im Pariser Vertrag vorgesehen ist. Dann hat Italien eben da gesagt - ich übersetze es aus dem Englischen: "Diese Provinzialautonomie - Italien hat sich so verteidigt - hat voll funktioniert in den letzten 12 Jahren und ist noch im Begriffe sich zu entwickeln, und eine Idee über die Wirksamkeit dieser Provinzialautonomie kann abgeleitet werden von der wesentlichen gesetzgeberischen Tätigkeit der letzten paar Jahre." Der Landtag hat Gesetze in Sachgebieten seiner Zuständigkeit gemacht, insgesamt 47 Landesgesetze, deren Durchführung den Verwaltungsorganen der autonomen Provinz obliegt, und da wird die Höfeordnung erwähnt, das Gesetz über die berufliche Ausbildung in Handel, Industrie und Handwerk, dann die Gewährung von Studienbeihilfen an Universitätsstudenten und Oberschulstudenten. Dann kommt die Handwerksordnung, dann kommt der Landschaftsschutz, wo sie sagen, daß Einschränkungen auferlegt worden sind - das Gesetz habe ich betrieben über die freie Verfügung des Eigentums und der Privatinitiativen, Einschränkung, die anderswo im italienischen Gesetz nicht zu finden sind - und dann kommt dieses Gesetz hier, das was ich hier erwähnt habe über Kulturbeiräte und Landeskulturfonds und das ist eben interessant, da heißt es: "Dieser Gesetzgebungsakt betrifft die Einrichtung von Kulturbeiräten und die Aneignung von Fonds für die Finanzierung von kulturellen Aktivitäten der italienisch-, deutsch-, und ladinischsprechenden Gruppen in Alto Adige, steht da, und jetzt kommt es für den besonderen Zweck, wie es eben im Gesetz geheißen

hat: - zu sichern die Integration, die Einbindung der deutsch- und ladinischsprachigen Gruppen mit der deutschen und ladinischen kulturellen Welt.

Sogar vor den Vereinten Nationen hat Italien geltend gemacht, daß es ein solches Gesetz in Kraft treten gelassen hat aufgrund der Zuständigkeiten der Provinz gemäß erstem Autonomiestatut, um zu sagen, daß es nicht so wenig war, was da alles gemacht worden ist. 47 Gesetze und es kommen noch weitere, die werden alle schön aufgezählt und darunter eben auch diese Integration der deutschen und der ladinischen Sprachgruppe mit der deutschen und ladinischen kulturellen Welt, also mit dem deutschen und ladinischen Kulturraum. Das war schon aufgrund des ersten Autonomiestatutes vorgesehen und umso mehr noch aufgrund des zweiten, wo auch der Rundfunk und das Fernsehen miteinbezogen worden sind, das war also Zuständigkeit der Provinz und selbstverständlich gehört die Integration mit dem deutsch- und ladinischsprachigen Kulturraum in die Zuständigkeit der Provinz und nicht in die Zuständigkeit der Region usw. Also die Provinz, wie ich damals vertreten habe...

(Unterbrechung - interruzione)

...wie ich damals vertreten habe, hat die Zuständigkeit, wenn schon kann die Region europäisch tätig werden. Die Provinzen und die Einteilung kann nur lauten gemäß den jeweiligen Zuständigkeiten. Das habe ich damals vertreten und vertrete es eben auch heute und bin der Ansicht, daß z.B. ein solcher Zusatz eben die Landesautonomie verletzen würde und auch verfassungswidrig ist.

PRESIDENTE: Qualcun altro sull'emendamento? Nessuno. Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? Per tranquillizzare erano più di 13, ho voluto io fare una conta, non tenendo conto di quelli che sono entrati adesso. Allora rifacciamo la votazione!

E' inutile che lei contesti sempre cons. Chiodi! Sono qui che presiedo e conto. La richiamo! La Presidenza sta contando, siamo in votazione e la invito a tacere! Lei deve chiedere la parola alla Presidenza!

Siamo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? Con 15 voti favorevoli, 29 voti contrari il Consiglio non approva.

C'è un altro emendamento, a firma Zendron, all'art. 2 comma 1 viene aggiunta la lettera i: "i) sostiene finanziariamente studi e ricerche per la pianificazione e normalizzazione della lingua ladina.

La parola alla cons. Zendron per l'illustrazione dell'emendamento.

ZENDRON: Questo articolo è volto a fissare un impegno un po' più concreto a fronte degli impegni generici che sono presi dalla legge su un argomento molto preciso e molto sentito dalle diverse comunità ladine, sia del Sudtirolo che del Trentino, come poi più direttamente ci spiegherà il collega Willeit, in particolare abbiamo pensato qui al progetto Spel, anche se non l'abbiamo voluto nominare, che come alcuni sapranno è un progetto molto importante, che tende alla unificazione e come fine ultima alla

pianificazione e normalizzazione della lingua ladina, affinché si trovi una forma comune che permetta di conservare questa lingua e di valorizzarla come è uno degli obiettivi di questa legge.

Ci sembra sia importante che la regione si impegni, proprio la regione, perché la comunità ladina è dispersa nelle due Province, poi riguarda anche un'altra provincia e qui ad esempio la regione nell'ambito del concetto di collaborazione interregionale è invitata in quest'ottica a coinvolgere anche altre comunità ladine extra regionali in questo progetto, o direttamente o attraverso le province come anche è una forma prevista dalla legge questi studi e ricerche ed in particolare il progetto Spel vengano finanziati e sostenuti dalla Provincia, perché sono progetti che almeno inizialmente sono molto costosi, richiedono personale, come sapete, tutte le varie forme della lingua devono essere inserite in un computer, informatizzate, le forme delle varie vallate e poi si deve trovare una forma normata. E' previsto un lavoro che impegna molto tempo, almeno due anni, se l'ente pubblico si impegna effettivamente a sostenere questa cosa.

Devo dire che questa è una richiesta molto forte da parte delle diverse popolazioni ladine, è una richiesta molto importante, perché abbandonare la lingua ladina nelle sue varie forme, al suo destino, senza un impegno a trovarne una forma più normata, significa abbandonare la lingua. Attualmente la situazione è un po' strana, nel senso che l'istituto ladino di cultura della valle di Fassa sta attuando questo lavoro, però la collaborazione con l'istituto ladino di cultura, che ha sede a St. Martin de Tor in val Badia, non c'è a livello ufficiale, nonostante il direttore dell'istituto e tutte le persone di cultura siano d'accordo nel partecipare a questo progetto, proprio perché i finanziamenti mancano, sono troppo deboli.

Allora questa è una richiesta che viene fatta che la regione si impegni su questo progetto. A me pare che sia importante che lo faccia la regione, proprio perché è una questione che non riguarda l'una o l'altra provincia, ma le comunità ladine delle due province e anche del bellunese; questo è un discorso che non può essere risolto qui, anche se rimane l'invito a chi poi dovrà attuare questa cosa, a tenere in considerazione che la comunità ladina delle dolomiti si estende su cinque valli ed in tre province. Quindi è importante che ci sia un impegno coerentemente con i fini della legge, un impegno affinché la collaborazione fra le valli possa andare avanti sostenuta adeguatamente dal punto di vista finanziario.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Willeit, ne ha facoltà.

WILLEIT: Signor Presidente, egregi consiglieri, ieri abbiamo sentito per quasi l'intera giornata che dal momento della proposta alla discussione stiamo assistendo ad uno svuotamento della legge, come pure ad una trasformazione delle finalità, ebbene con l'emendamento presentato dai cons. Zendron, Benedetti, Passerini ed il sottoscritto, questa legge può rivivere con qualche contenuto migliore, un contenuto indubbiamente di primaria necessità, ben diverso dagli incontri, dalle mostre, dalle cerimonie dell'euroregione o dell'unione europea, fini ai quali è destinata questa legge.

Qui si tratta di una necessità primaria, cioè di creare lo strumento, affinché una popolazione possa incontrarsi e comunicare e questo emendamento è in perfetta sintonia con le finalità della legge, è in perfetta sintonia con i principi della legge e fuoriesce, vorrei dire anche al cons. Benedikter, completamente dalla diatriba delle competenze regionali e provinciali, perché se si è riusciti a dividere territorialmente i ladini sarà molto difficile dividerli linguisticamente, sarà molto difficile dividere la lingua, perché in quel momento i ladini non esistono più, questo lo sa ognuno.

Si tratta della pianificazione della lingua ladina, pianificazione non è un concetto comprensibile per tutti, ma si tratta di svolgere quel lavoro che permette ad una società, ai cittadini di utilizzare generalmente la loro lingua in forma scritta. Si tratta di studiare, di ricercare, di confrontare quasi ogni parola della lingua, si tratta di codificare l'intera lingua, di elaborare i testi lessicali, di normalizzare, cioè di prevedere e promuovere l'uso della lingua e ciò che ogni lingua ha dovuto fare e che anche la lingua ladina, se vuole vivere deve fare.

Qual è la situazione della lingua ladina? Leggendo dal progetto che già è stato avviato...

PRESIDENTE: Chiedo scusa, per la seconda volta richiamo l'aula a fare silenzio, siete pregati di uscire dall'aula se dovete parlare fra voi! E' una forma di rispetto nei confronti di chi sta parlando e di chi ci sta osservando!

WILLEIT: Grazie Presidente. Vorrei dire in breve qual è la situazione, a chi non ne fosse a conoscenza, della lingua ladina, tutti sappiamo che la lingua ladina può essere utilizzata ufficialmente nelle zone ladine, sia del Trentino, sia dell'Alto Adige, dunque si vorrebbe credere che esistono tutti gli strumenti per fare questo, tutti sanno che può essere insegnata nella scuole, che c'è un minimo di stampa, un minimo di televisione ed ognuno vorrebbe credere che esistono gli strumenti basilari per fare questo, invece non è così.

La lingua ladina, scrive chi ha messo a punto l'introduzione di questo studio di regolamentazione, la lingua ladina delle Dolomiti si presenta articolata in un complesso di varietà idiomatiche, corrispondenti grosso modo alle cinque vallate che compongono il territorio ad essa proprio e si è conservata, negli ultimi secoli, in condizioni di sviluppo decisamente sfavorevoli, non elenco tutte le cause sfavorevoli. Il grado di elaborazione della lingua che deve interessare noi qual è? L'unificazione ortografica risale appena a 9 anni fa ed a questo punto ricordo che vi è attualmente un impegno enorme dell'interna popolazione e non solo della popolazione dell'Alto Adige, per pervenire veramente ad uno strumento utilizzabile da parte di tutti.

L'unificazione ortografica risale appena al 1986, non esistono strumenti oggi per avvicinare tra gli loro nell'uso scritto gli idiomi locali, manca un'elaborazione sistematica della produzione lessicale, manca la creazione terminologica, cioè essa viene fatta a livello di volontariato tra singoli operatori e così via. Dunque la situazione è tutt'altro che rosea.

L'obiettivo qual è? E' quello di far pervenire entro breve termine...

(interruzione- difetto tecnico)

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Passerini, ne ha facoltà.

PASSERINI: Grazie, signor Presidente. Questo emendamento, come hanno esposto in modo estremamente chiaro i colleghi Zendron e Willeit, intende introdurre una modifica che sostenga finanziariamente studi e ricerche per la pianificazione e normalizzazione della lingua ladina. Anche questo emendamento si inserisce nella logica con cui stiamo seguendo questo disegno di legge, che è quella di introdurre delle modifiche per arricchire una legge, che invece la Giunta sta impoverendo passo dopo passo e allora per dimostrare questo ricordo che dalla legge la stessa Giunta ha tolto il sostegno alle associazioni e organizzazioni giovanili e lo ha sostituito con finanziamenti alle due Province, come se le due Province non avessero già 4 mila miliardi a testa ciascuna e non potessero sostenere le loro iniziative.

Evidentemente le associazioni e le organizzazioni giovanili devono avere più di 4 mila miliardi, se la Giunta regionale ha ritenuto opportuno togliere il sostegno ai giovani e darlo alle due Province.

In secondo luogo sono state tolte da parte della Giunta le iniziative formative promosse a livello universitario, quindi niente collaborazione a livello universitario, sono state tolte poi le iniziative tese a favorire l'impegno dei giovani dei paesi europei, volte a conoscere le diverse realtà culturali, sociali e politiche di quest'area. Quindi anche queste iniziative sono state eliminate. Sono state eliminate le parole "pace, diritti umani, democrazia" e non sappiamo ancora perché, alla fine di tutto questo cosa rimarrà di questa legge? Rimarrà che la regione stanzierà dei soldi a favore delle due province, per iniziative a carattere europeo, dentro l'ambito della regione europea.

Una legge che era partita con ambizioni progetti culturali, sociali, di formazione, di pace, di solidarietà, di scambio fra le culture, alle fine diventerà invece una legge burocratica, celebrativa, come giustamente ha ricordato il cons. Willeit, servirà alle province per fare decine di convegni, pubblicazioni, per mandare in giro persone a parlare del più e del meno, tranne però che giovani, studenti, associazioni ecc., andranno in giro ancora gli assessori, come non avessero già risorse finanziarie sufficienti per muoversi, per organizzare convegni e per spedire depliant.

E' estremamente deludente quindi questa legge e noi continuiamo ad andare avanti così, prima stava passando un emendamento, poi per i miracoli dell'aula l'emendamento non è passato, peccato, tuttavia noi continueremo su questa battaglia, perché riteniamo davvero che questa legge, che poteva avere un forte significato di collaborazione attraverso lo scambio di associazioni, di giovani, di esperienze, ecc. si trasforma in un mero strumento burocratico e finanziario, di cui la nostra regione e le due province non avevano assolutamente bisogno, avendo già tuttora soldi e strutture burocratiche per sostenere queste iniziative.

Non ho ancora ricevuto risposta dal Vicepresidente Pahl sul perché sono state tolte le parole "pace, diritti umani e democrazia". Il Vicepresidente Pahl ieri mi ha risposto in parte all'altra domanda, però in modo insoddisfacente, io attendo ancora risposta sul perché da questo disegno di legge sono state tolte le parole "pace, diritti umani e democrazia", parole che la stessa Giunta in un primo momento aveva inserito e poi in un sussulto di pentimento ha ritenuto di dover togliere, chissà perché, forse perché c'è da vergognarsi di parole come "pace, diritti e democrazia"; riformulo pertanto la domanda alla Giunta sperando che questa volta arrivi una risposta soddisfacente.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire sull'emendamento? La parola al cons. Benedikter.

BENEDIKTER: Abg. Willeit hat eben begründet, daß es die Einigung der ladinischen Sprachgebiete braucht. Ich muß sagen, ich bin sehr dafür, ich bin allerdings der Ansicht, daß wenn wir die Einigung des ladinischen Sprachraumes Südtirols, des Trentino und Belluno fördern wollen, dann ein Verfassungsgesetz brauchen. Wenn dann im Zuge der kommenden Verfassungsreform die ladinischen Gebiete, der ladinische Sprachraum, vereinigt wird in einem einzigen Gebiet, wo die Ladiner zusammen sind, dann ergibt sich die Frage, wo das Gebiet eingeordnet werden soll, etwa in die autonome Provinz Südtirol oder ob es eine eigene Regionalautonomie bilden soll usw. Ich habe es auch im Verfassungsgesetzesentwurf angedeutet. Jetzt ist es ein Jahr her, daß wir ihn eingebracht haben und es ist auch im aostanischen Dokument wiedergegeben, allerdings ist es noch nicht näher ausgeführt, weil ich den Abg. Willeit auch gebeten habe, daß er diesbezüglich einen Vorschlag macht, wie man diese Vereinigung, diese Einigung, dieses einheitliche ladinische Autonomiegebiet verfassungsrechtlich irgendwie formulieren soll. Aber ich wäre sofort dafür und ich glaube, wir müssen uns da als Regionalrat damit befassen, sogar im Zusammenhang mit dem was in Aosta herausgekommen ist, aber ich frage, was das mit der Zielsetzung dieses Gesetzes zu tun hat, die da lautet nach dem Artikel 1, der inzwischen beschlossen worden ist: Maßnahmen zur Förderung der politischen Integration Europas mit besonderer Berücksichtigung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Länder des Accordino zur Bildung der Europaregion Tirol.

Ihr wißt, ich war dagegen, daß man sich auf die Länder des Accordino beruft, ich habe immer hier gesagt noch und noch, daß - und es war im alten Gesetz nicht drinnen - die Bezugnahme auf die Länder des Accordino genügt nicht, wir grenzen eben an einige Länder des Accordino an, aber wir grenzen z.B. auch an Graubünden an und dort gibt es eben die Rätoromanen. Da schaut es so aus als ob das nicht interessieren würde, aber das gesamte Gesetz hier soll die politische Integration Europas aufgrund der durch einen internationalen Vertrag von 1980 geregelten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit fördern und voranbringen. Ich bin der Ansicht, daß dieser Antrag hier wo es heißt: "beteiligt sich an der Finanzierung von Studien und Forschungen für die Einführung der einheitlichen ladinischen Sprache" damit nichts zu tun hat, sondern daß so etwas sowohl die Provinz Trient als auch die Provinz Bozen tun

können und tun sollen. Sie sollen sich an der Finanzierung von Studien und Forschungen für die Einführung der einheitlichen ladinischen Sprache beteiligen, aber nicht die Region an sich.

Ich habe damals auch unter anderem den Standpunkt eingenommen, im Jahre 1988, daß die Region im Rahmen ihrer Zuständigkeit auch die europäische Einigung fördern können muß und ich habe dann auch folgendes geltend gemacht, da steht es: "Es ist wirklich rührend, jetzt erleben wir da ein Bündnis zwischen der Linken und den Neufaschisten - habe ich damals gesagt - und die Zärtlichkeit von seiten der Linken und der Neufaschisten für die Provinzen ist wirklich rührend. Man soll doch um Gottes Willen nicht mit Regionalgesetz die Provinzen zwingen, ein Gesetz für Europa zu machen, das wäre Gewalt antun, Vergewaltigung usw. Ihr Provinzen müßt ein Gesetz machen, wo ihr für eure Zuständigkeiten die europäische Integration fördert." Dann heißt es noch: "Im Autonomiestatut steht zwar geschrieben, daß die nationalen Interessen auch den Schutz der deutschen und der in der Region anerkannten örtlichen Minderheiten, also deutsche und ladinische - es gibt nur die zwei, die verfassungsrechtlich anerkannt sind - vorsehen, aber deswegen sei das kein wesentlicher Bestandteil der regionalen und der Provinzialautonomie."

Es besteht also die Gefahr, daß ein Regionalgesetz durchgeht, das zum Inhalt die Förderung der europäischen Einigung hat und daß Provinzialgesetze dann nicht durchgehen, diese Gefahr besteht. Das kommt mir sogar irgendwie angesichts der römischen Mentalität, die uns gegenüber in der Behandlung der Gesetze vorherrscht, wahrscheinlich vor. Daher wäre es richtig gewesen, diese drei Gesetze, ein Regionalgesetz und zwei Provinzialgesetze gleichzeitig zu verabschieden, damit die römische Regierung vor der Wahl steht, entweder alle drei Gesetze durchgehen zu lassen oder sie mit irgendeinem Vorwand rückzuverweisen, da sie ja nicht verlegen ist, solche Einwände zu finden. Daher bin ich der Ansicht, daß es notwendig ist, daß hier auf das Recht der Provinzen hingewiesen wird, ähnliche Gesetze zu machen. Damit bin ich nicht der Ansicht, daß unbedingt eine Koordinierung erfolgen soll. Wenn die Provinzen Interesse haben tätig zu werden, dann machen sie Gesetze. Wenn sie nichts machen, dann braucht es keine Koordinierung. Aber wenn die Provinzen Interesse haben, selber auch auf europäischer Ebene tätig zu werden, müssen sie ein Gesetz machen und das erscheint mir nicht so unnatürlich. Die Region macht auch ein Gesetz. Ihr stimmt für das Regionalgesetz, weil ihr der Ansicht seid, daß die Region diese Sache, diese Aufgabe gesetzlich regeln soll. Die Region macht es auch, damit sie die Ausgaben rechtfertigen kann. Nur wer die Provinzialautonomie letzten Endes am liebsten herabmindern möchte, der muß selbstverständlich gegen so etwas sein. Wir bestehen darauf und das ist ein wesentlicher Punkt, um auch mit Provinzialzuständigkeit ein Europagesetz zu machen.

Es besteht auch die Befürchtung, daß die Zentralregierung, wie wir schon mehrere Beispiele haben, ohne weiteres Dinge durchgehen läßt, wo eigentlich die Region sich mit Dingen beschäftigt, mit einem Sachgebiet beschäftigt, das unter die Provinzialzuständigkeit fällt und sie läßt es durchgehen und dann kommt das Landesgesetz. Angenommen die Provinz würde dasselbe machen, dann heißt es:

entweder oder. Entweder die Region oder die Provinz, aber nicht beide dasselbe. Das habe ich auch geltend gemacht damals und auf jeden Fall bin ich der Ansicht, daß so etwas ohne weiteres selbstverständlich mit Landesgesetz sei es vom Trentino, sei es von Südtirol gemacht werden soll, aber nicht in dieses Gesetz für die politische Integration Europas hineingehört. Ich bin deswegen dagegen.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire? La parola al cons. Willeit.

WILLEIT: Brevissimamente, per replicare al cons. Benedikter, che ha portato anche un altro argomento, non meno importante, ma debbo dirgli che l'emendamento e gli strumenti linguistici rientrano perfettamente nella finalità e nell'ambito di applicazione di questa legge, rientrano "expressis verbis", l'art. 1 recita: la regione, in coordinamento con le iniziative... nell'ambito delle proprie competenze di cui è componente essenziale il principio di tutela delle comunità linguistiche tedesca e ladina.

Abbiamo approvato poi l'art. 2: "c/bis) promuove iniziative dirette alla valorizzazione dei gruppi etnici e delle minoranze linguistiche;" cosa valorizza di più la minoranza linguistica se non la sua lingua in primo luogo, senza quella penso ci sia poco da valorizzare.

Un altro passo arriverà più tardi, che dovrà anche restare nella legge ed anche questo passo parla di tutela e valorizzazione nel quadro europeo anche delle lingue e culture meno diffuse e la lingua ladina penso sia una lingua poco diffusa a livello europeo almeno.

Però la cosa che è più importante è quella di vedere la lingua ladina come bene indispensabile, come bene indivisibile per province, per ordinamenti, che ci vuole il sostegno, ci può essere l'intervento e che ci deve essere il coordinamento fra i vari enti questo mi sembra chiaro, ma che il finanziamento dello Spel o della regolamentazione linguistica rientri perfettamente in questa legge non vi è alcun dubbio.

PRESIDENTE: Qualcun altro? La parola al cons. Alessandrini.

ALESSANDRINI: Grazie signor Presidente. Desidero prendere brevemente la parola, perché mi pare che l'emendamento che è in discussione arricchisca, se non altro in maniera evidente l'ambito di applicazione di questa legge. Mi pare che il cons. Benedikter sia in qualche modo preso da una ossessione giuridicista, che imprigiona, al di là di ogni ragionamento anche pragmatico, quello che la regione potrebbe sviluppare in questa materia. Allora se è vero che la regione in qualche modo è abilitata ad esercitare un ruolo dentro una prospettiva di crescita dell'idea europea, della solidarietà fra i popoli che la compongono, credo che fa parte dell'idea dell'Europa anche la tutela del patrimonio culturale, che è il patrimonio più importante del vecchio continente.

Allora credo, se non siamo preda di ossessioni giuridiciste, su questa strada è utile che la regione continui a camminare ed è utile quindi e trovo molto importante che definendo gli obiettivi concreti di azione di questa legge siamo andati ad individuare uno degli elementi costitutivi della nostra specialità culturale, storica, oltre

che ordinamentale e che quindi si ponga come obiettivo centrale anche la questione della valorizzazione della lingua ladina. Credo che per la provincia di Trento la questione sia ancora più importante, perché con l'ultima norma di attuazione dello Statuto i ladini trentini hanno goduto di qualche forma di tutela precedentemente non prevista, la norma di attuazione non ha raccolto tutte le ipotesi, i desideri, le richieste che ci vengono fatte dai ladini trentini, però ha già gettato i fondamenti per prendere in considerazione, in maniera più seria che in passato, anche la realtà dei ladini trentini. Un autentica ricchezza di questa regione, perché questa comunità dei ladini trentini, collegata culturalmente e linguisticamente con i ladini dell'Alto Adige e delle altre province, costituisce un fatto di forza per tutti noi.

Allora per ritornare all'argomento e prendere in considerazione in particolare la questione dei ladini trentini, credo che daremo, come regione, un contributo importante anche ai ladini trentini, proprio perché sono alla presa forse in maniera più ravvicinata che non i ladini dell'Alto Adige, con i problemi di normazione linguistica, di costruzione di lessici ecc. e che l'introduzione della lingua ladina anche negli atti ufficiali costituisce, per i ladini trentini, un obiettivo che è ancora da raggiungere e a cui noi daremo un contributo sostanziale, proprio se favoriremo questa prospettiva di normazione linguistica, che è necessaria anche ai fini di dare gambe all'ultima norma di attuazione che riguarda i ladini trentini.

Credo che su questo argomento sarebbe utile che coinvolgessimo la stessa università di Trento, che potrebbe caratterizzare la sua presenza nell'ambito delle discipline della linguistica, costituendo una presenza specifica, orientata alla lingua ladina e alle necessità che sotto il profilo della costruzione degli apparati e degli strumenti per la qualificazione di questa lingua e la normalizzazione linguistica diventano necessari.

Credo sia quindi importante che il Consiglio regionale raccolga questo emendamento, mi pare un argomento utile non solo per dare dignità in qualche modo a questa legge, ma per dare un ruolo visibile, concreto, percepito in maniera utile dalle nostre popolazioni allo stesso istituto regionale.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire sull'emendamento? Nessuno. Lo pongo in votazione. E' stata fatta una richiesta di verifica del numero legale. Siamo in votazione dell'emendamento a firma della cons. Zendron ed altri, prot. n. 3116.

Favorevoli? Contrari? Astenuti? Con 12 voti favorevoli, 1 voto di astensione e 29 voti contrari, l'emendamento è respinto.

Passiamo al prossimo emendamento, a firma dei cons. Benedetti, Zendron, Passerini e Kury, che recita: all'art. 2, dopo il comma 1 è inserito il seguente comma 1/bis: I finanziamenti di cui alla lettera c/ter del comma 1 sono concessi solo se le iniziative e gli organismi che le attuano perseguono principi di democrazia, pace e solidarietà.

DENICOLO': Änderungsantrag zum Artikel 2:

Bei Artikel 2 nach dem Absatz 1 wird folgender Absatz 1/bis eingefügt.
Die Finanzierungen gemäß dem vorstehenden Artikel werden nur dann gewährt, wenn die Initiativen und die Bildungsstätten, die diese Initiativen durchführen, Grundsätze wie Demokratie, Frieden und Solidarität wahren.

PRESIDENTE: La parola alla cons. Zendron per l'illustrazione.

ZENDRON: Poiché non c'è il cons. Benedetti lo illustro io.

Con questo emendamento noi cerchiamo di reintrodurre nella legge il riferimento a 3 principi che continuiamo a considerare fondamentali. A maggior ragione lo richiediamo, perché è da un giorno e mezzo che chiediamo al presentatore della legge di spiegarci per quali ragioni queste parole gli diano tanto fastidio, mentre invece nel testo originale erano presenti. "Democrazia, pace e solidarietà" non sembrano parole degne di essere messe in questa legge, non sembrano degli obiettivi condivisi nel proporre delle iniziative che dovrebbero portare ad una maggiore integrazione europea.

Ora credo personalmente che non vorrei un'integrazione europea, in cui democrazia, pace e solidarietà siano escluse così pervicacemente, senza neppure degnarsi di rispondere ad un dibattito d'aula che continua a proporre questo problema, però credo sia una questione importante, tanto più rilevante proprio perché viene completamente ignorata e c'è un comportamento da parte della Giunta quasi incredibile, di totale indifferenza e silenzio rispetto alle osservazioni.

Un attimo fa abbiamo votato un emendamento importantissimo sulla questione ladina e non c'è stata neppure una presa di posizione della Giunta, c'è stato un Voto che parla di per sé e che avrà ovviamente il suo effetto, però, pensate un po', abbiamo una Giunta che non prende posizione, quasi tutta assente, ma perfino il proponente sta lì, ascolta e poi non risponde. Mi sembra una cosa grave, riproponiamo questi principi, perché mi pare che non si possa fare un'Europa accettabile per tutti noi, senza democrazia, senza pace, senza solidarietà.

Non mi sembrano chiacchiere inutili, perché una volta in una legge che si nominino questi principi è importante, soprattutto perché qui si è assistito ad una formulazione che aveva dentro questi principi di riferimento e quindi abbiamo assistito in quest'aula al fatto che vengono tolti, cioè danno fastidio e sono stati tolti. Non chiediamo un inserimento di bel nuovo, ma chiediamo che si ripristini una dicitura che dà un aspetto un po' più accettabile a questa legge, nonostante questa legge sia semplicemente una maniera per dare soldi in mano a qualcuno, che poi li spenderà in modo arbitrario.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire sull'emendamento? La parola alla cons. Chiodi.

CHIODI: Per dire che quando l'assessore Pahl ha presentato per la Giunta questo disegno di legge, nell'articolato che era stato discusso anche in Commissione, al comma c/ter c'era scritto: sostiene le associazioni e le organizzazioni giovanili e quelle che si

occupano degli aspetti della vita sociale e culturale, nonché legate alle problematiche, legate alla democrazia, alla pace, ai diritti dell'uomo, allo sviluppo e collaborazione in ambito regionale, favorendo... ecc.

Ero intervenuta anche ieri, perché non riuscivo a capire perché da una legge erano stati tolti questi concetti, perché credo che, se l'estensore e la Giunta hanno approvato questo disegno di legge, voleva dire che c'era l'obiettivo di perseguire questo tipo di impostazione, questo modo di fare la proposta. Ieri abbiamo parlato di questa legge che gestirà parecchio denaro, 5 miliardi, e credo che una legge che guardi all'Europa, una legge che deve essere per certi versi il nostro biglietto da visita, che deve permettere ai nostri giovani e alle nostre popolazioni di conoscere alcuni argomenti, soprattutto se abbiamo in mente quello che sta accadendo in Europa, credo che non possiamo limitarci a fare un emendamento e cancellare un passaggio così importante, credo diventi prioritario che in questa legge ci siano questi richiami.

E' un emendamento che per certi versi riscrive quello che c'era nella proposta fatta dall'assessore Pahl e dalla Giunta. Credo che varrebbe la pena un attimo analizzare il perché è stata tolta questa parte e fare un ragionamento e permettere che un emendamento come questo passi, perché credo che l'impianto della legge debba andare in questa direzione. Non possiamo venir fuori con una legge stravolta sui principi da come era stata presentata, perché diventa nulla. Noi ci troviamo a decidere che questa legge gestirà 5 miliardi e 500 milioni, ma non ci sono gli scopi, non sappiamo per chi, ai ladini abbiamo detto di no, ai giovani abbiamo detto no, i temi della pace li abbiamo cancellati, credo che diventi assurdo, perché è una legge che non propone nulla. Allora riscrivere nuovamente quello che c'era nella legge, quello che era stato proposto, che noi daremo i finanziamenti alle organizzazioni che perseguono il principio della democrazia, della pace e della solidarietà sia uno dei punti più importanti di questo disegno di legge.

Assessore Pahl, credo non si possa fare finta di nulla, altrimenti mi chiedo cos'è la legge che andremo a discutere? Nulla.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Benedetti, ne ha facoltà.

BENEDETTI: Non vedo in questo emendamento assolutamente uno stravolgimento della legge o qualsivoglia emendamento che possa essere sostitutivo, che ponga dei problemi al percorso di questa legge, penso sia un fatto obbligato. Non so se l'assessore Pahl ascolta regolarmente i telegiornali e legge i giornali, ma penso che l'affermare questi principi sia fuori discussione e sicuramente sia, seppure a parole, perché concretamente mi rendo conto che purtroppo molto non possiamo fare, se non nei nostri comportamenti e soprattutto in quest'aula, il ribadire sempre e comunque questi principi non penso possa fare del bene alle nostre comunità.

Proprio su una legge di questo stampo, che riguarda un po' la riunificazione europea, la pace fra i popoli europei e la valorizzazione fra i nostri gruppi etnici, che molte volte convivono in modo abbastanza superficiale alla vita delle nostre province e della nostra regione, penso sia uno dei criteri che debbano fare parte di

questa legge. Non riesco a capire proprio perché ci si voglia incaponire sul fatto di non inserire un emendamento di questo genere, che non è sostanziale, ma che ribadisce dei principi che dovremo percorrere giornalmente dentro le istituzioni.

Quindi esorto l'assessore ad accettare questo emendamento, che è di principio e quindi darebbe a questa legge un lustro di democrazia, di solidarietà e di pace, come vogliamo dire con il testo dell'emendamento.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire? La parola all'assessore Pahl.

PAHL: Ich glaube, so sehr man Verständnis haben kann für den Wunsch der Unterzeichner hier noch einmal zu sprechen von Demokratie, Frieden und Solidarität, so würde es doch bedeuten unnützerweise Eulen nach Athen tragen. Denn jedem Gesetz, das der Regionalrat verabschiedet, gehen solche Prinzipien automatisch voraus. Wir haben die italienische Verfassung, in der diese Prinzipien selbstverständlich verankert sind. Das wissen Sie ja auch. Wir haben UN-Dokumente z.B. die Menschenrechtspakte, die in Italien Staatsgesetz, also bindendes Recht geworden sind, nicht nur deklaratorisches, sondern eine Jus cogitans. Wir haben die europäische Menschenrechtskonvention, die ebenfalls geltendes Völkerrecht ist, für Italien und für die Mitgliedsstaaten des Europarates.

Es ist also völlig unnötig, daß wir Prinzipien in einem Gesetz noch einmal erwähnen, die ohnehin immer gelten. Die Formulierung, die hier gebracht worden ist, unterstellt nämlich sogar stillschweigend den Verdacht, daß der Ausschuß eventuell planen könnte, andere Initiativen zu unterstützen, die nicht dem Frieden, der Demokratie und der Solidarität dienen. Das ist doch lächerlich. Es schließt sich von vornherein aus, daß Initiativen eine Förderung erhalten, die nicht auf dem Boden des demokratischen Rechtsstaates stehen. Das ist nicht nur unser politische Wille. Das ist geltend die rechtliche Verpflichtung für jeden Verwalter, für jeden Bürger von vornherein. Wenn man jetzt hier noch einmal erwähnt und sagt Finanzierungen dürfen nur erfolgen, wenn sie diese Prinzipien wahren, dann spricht man doch den Verdacht aus, daß das Gegenteil vielleicht möglich sein könnte. Das ist nicht möglich. Denn eine Förderung von irgendeiner Initiative, die rechtsradikale Organisationen oder linksradikale Organisationen stützen würde, hätte ja auch einen strafrechtlichen Tatbestand zur Folge.

So glaube ich, ist es völlig unnützlich, daß noch ausdrücklich zu erwähnen. Davon abgesehen ist es implizit ja ohnehin schon in der Formulierung des Artikels 1 enthalten, der abgestimmt worden ist, wenn es heißt: "di collaborazione transfrontaliera tra le Regioni dell'accordino intesa a creare la Regione europea" usw. und ausdrücklich "a favorire l'integrazione politica europea e la solidarietà tra tutti i popoli dell'Europa". "Integrazione politica europea" heißt ja, daß sie gegründet sein muß auf Frieden und Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, Demokratie. Es ist also völlig auszuschließen, daß die Prinzipien Demokratie und Frieden nicht Grundziel des Gesetzes sein können. Das sind sie natürlich, aber wir könnten das dann bei jedem Absatz eigens noch anfügen und das Gesetz würde immer länger und länger. Es ist ja im Artikel 1 die "integrazione

politica europea" enthalten - das ist die "integrazione" nicht zur Diktatur, sondern zur Zusammenarbeit der Völker auf dem Boden des Rechtsstaates. Es kann kein Staat z.B. Mitglied der europäischen Union werden, der in seinem Inneren eine Diktatur aufbaut. Das ist nicht denkbar.

Das Gleiche ist beim Europarat der Fall. Ein Staat, der nicht rechtsstaatlich organisiert ist oder der nicht bereit ist, sich auch kontrollieren zu lassen, der kann nicht Mitglied des Europarates z.B. sein. Deswegen war lange Zeit auch die Frage der Türkei wegen der laufenden Menschenrechtsverletzungen Gegenstand heftiger Debatten und auch einer eigenen Inspektion des Europarates in der Türkei schon vor zehn Jahren und jetzt kommt die gleiche Problematik ja mit den Kurden auch wieder. So glaube ich, ist es einfach völlig unnütz so sehr ich ihnen sonst ja beistimme. Aber wozu führen wir immer wieder Begriffe an, die ohnehin schon gelten. Das ist der Grundsatz überhaupt. Ich sehe es einfach als völlig überflüssig an und ich hoffe, daß das auch die Medien zur Kenntnis nehmen, daß auch die Zeitung "Adige" ein bißchen zuhört, wenn auch der Vertreter der Regionalregierung diese Dinge erläutert.

PRESIDENTE: Pongo in votazione l'emendamento a firma Benedetti, prot. n. 3117. Favorevoli? Contrari? Astenuti? Con 9 voti favorevoli, 2 voti di astensione e tutti gli altri contrari l'emendamento è respinto.

C'è un altro emendamento, a firma Palermo ed altri, sempre all'art. 2 che recita: è soppresso il punto 2.

La parola alla cons. Zendron.

ZENDRON: Volevo solo dire che ho fatto una firma tecnica, quindi la responsabilità politica è del cons. Palermo. Solo questo.

PRESIDENTE: Il cons. Vecli ha chiesto la votazione per appello nominale. Ricordo all'aula che stiamo votando l'emendamento prot. 2607.

Tanto per chiarire all'aula, che non si pensi che magari suoni il campanello solo quando fa comodo alla maggioranza, dico che sono stato pregato da tanti delle minoranze di avere la sensibilità di suonare il campanello, anche perché qualcuno è magari nelle cabine o all'esterno, suonano il campanello per l'intero Consiglio.

E' stata pregata la Presidenza di tener conto delle esigenze dei consiglieri che si muovono dall'aula e allora è stato chiesto di suonare il campanello per avvisare che c'era una votazione per appello nominale.

Consiglieri, vi prego di metterci un po' di attenzione, perché stiamo discutendo un disegno molto importante, ci sono degli emendamenti che continuo a leggere, è giusto che l'aula sia informata, stiamo votando l'emendamento a firma Palermo, prot. n. 2607, che propone la soppressione del punto 2 dell'art. 2.

Prego procede con l'appello nominale. Iniziamo con il nominativo del cons. Casagrande.

WILLEIT: Casagranda (*no*), Chiodi-Winkler (*astenuto*), Cigolla (*no*), Conci-Vicini (*no*), Delladio (*no*), Denicolò (*non presente*), De Stefani (*astenuto*), Di Puppò (*no*), Divina (*astenuto*), Durnwalder (*non presente*), Fedel (*non presente*), Feichter (*nein*), Frasnelli (*nein*), Frick (*nein*), Gasperotti (*astenuto*), Giordani (*no*), Giovanazzi (*no*), Grandi (*no*), Holzer (*no*), Holzmann (*astenuto*), Hosp (*nein*), Kasslatter Mur (*nein*), Klotz (*astenuto*), Kofler (*nein*), Kury (*astenuto*), Laimer (*nein*), Leitner (*nein*), Leveggi (*non presente*), Magnabosco (*non presente*), Mayr C. (*nein*), Mayr J. (*nein*), Messner (*nein*), Minniti (*astenuto*), Montefiori (*astenuto*), Morandini (*no*), Moser (*no*), Munter (*nein*), Muraro (*no*), Pahl (*nein*), Palermo (*non presente*), Pallaoro (*no*), Panizza (*non presente*), Passerini (*non presente*), Peterlini (*non presente*), Pinter (*astenuto*), Romano (*no*), Saurer (*nein*), Taverna (*11 giugno*), Tosadori (*non presente*), Tretter (*no*), Valduga (*no*), Vecli (*no*), Viola (*no*), Waldner (*nein*), Willeit (*astenuto*), Zanoni (*non presente*), Zendron (*astenuto*), Achmüller (*nein*), Alessandrini (*nein*), Andreotti (*nein*), Arena (*astenuto*), Atz (*nein*), Benedetti (*astenuto*), Benedikter (*nein*), Benussi (*non presente*), Berger (*nein*), Binelli (*no*), Boldrini (*astenuto*), Bolzonello (*astenuto*), Bondi (*astenuto*).

PRESIDENTE: Comunico l'esito della votazione dell'emendamento n. 2607, primo firmatario Palermo:

votanti	58
no	40
astenuti	17
nulli	1

Il Consiglio non approva.

Ha chiesto la parola sul regolamento il cons. Taverna, ne ha facoltà.

TAVERNA: Non desidero aprire un contenzioso in questa fase della discussione di questo disegno di legge, discussione del resto confusa per l'atteggiamento della Giunta che ci ha sobbarcato di un numero estremamente largo di emendamenti, ma ritengo di dover richiamare la Presidenza in merito alla votazione per appello nominale e mi sembra alquanto strano dichiarare nullo 1 voto, anche perché si risponde all'appello con il sì, con il no e con l'astensione.

Quando sono stato chiamato per esprimere il mio voto, signor Presidente, ho dichiarato la data dell'11 giugno, che nulla aveva a che fare con il sì, con il no e con l'astenuto, nella presunzione che dovessi essere opportunamente richiamato nell'appello successivo. A parte il fatto che l'appello successivo è partito con la lettera a) e non con la lettera con la quale si è estratto a sorte il nome del consigliere per l'appello, ritengo di dover essere richiamato per poter esprimere il voto, mentre invece d'autorità l'appellante, cioè il segretario Willeit, ha ritenuto arbitrariamente di dover aggiudicare la mia espressione di voto con voto nullo, perché ho risposto con la data 11 giugno, che nulla aveva a che fare con la dichiarazione di voto: favorevole, astenuto, contrario.

Per queste ragioni, signor Presidente, la vorrei richiamare alla necessità di un più scrupoloso rispetto nei confronti dei consiglieri ed una più attenta valutazione delle risposte che a questo proposito vengono date.

PRESIDENTE: Prendo atto che Lei, cons. Taverna, non apre il contenzioso e ritiene valida la votazione, lei ha voluto fare una precisazione ed una raccomandazione e la faccio mia come Presidenza, che venga rispettata la decisione del Presidente, il quale indica a sorteggio il nominativo del primo consigliere che risponderà all'appello. Qualche volta la forma diventa anche sostanza.

Lei è sempre stato preciso nel far presente al Presidente il diritto del consigliere nel rispetto del regolamento e lei quando risponde "11 giugno", anche lei dovrà essere più rispettoso nei confronti dell'aula, la sua non è una risposta, si dice: sì, no, astenuto. Queste sono le risposte che registro, lei ha dato una risposta totalmente diversa e per me il voto è nullo.

Ha chiesto di intervenire per fatto personale il cons. Willeit.

WILLEIT: Che cosa si chiede di più, se non l'avvertimento da parte dell'appellante che il voto espresso in quella maniera è nullo, ed era quello che ho fatto io, concedendo tutte le possibilità di dire sì, no, astenuto o non voto, per cui il rispetto c'è stato pienamente. Il resto lo ha detto già il Presidente.

PRESIDENTE: Procediamo con i lavori. Dò lettura del prossimo emendamento, primo firmatario Grandi, che recita: i commi 3 e 4 sono soppressi. E' l'emendamento prot. n. 2932 a firma Grandi ed Holzer.

Qualcuno intende intervenire? La parola al cons. Benedetti.

BENEDETTI: Non so se sia passato inosservato questo emendamento, anche perché siamo messi male proprio organizzativamente, avendo lavorato in giorni diversi e non riuscendo a fare un po' di ordine negli emendamenti, comunque vedo che lei ci sostiene Presidente, in un lavoro proficuo.

Non so se sia passato inosservato al collega Willeit questa abrogazione dei commi 3 e 4, in quanto la Giunta aveva inizialmente deciso di tutelare e valorizzare la lingua e la cultura delle minoranze linguistiche anche all'interno della regione. Allora siamo a 5 minuti dalla riunione con i sindaci interessati e non me la sento di esprimere solidarietà a questo emendamento, ma non perché ci incontriamo con i sindaci, ma proprio perché ho presentato qualche minuto fa un emendamento che andava a sostenere in particolar modo la minoranza ladina e la tutela della lingua ladina, senza per questo essere contro la valorizzazione di altre culture o di altre lingue presenti sul nostro territorio.

Penso sia assolutamente fuori di testa, a questo punto, levare questo comma 3, se le intenzioni più volte ribadite in quest'aula dall'assessore Pahl sono quelle di rispettare il titolo di questa legge, quindi di dare completo appoggio alle minoranze

linguistiche e culturali del nostro territorio, penso che questo sia un comma che vada difeso con i denti e con le unghie.

Per quanto riguarda il comma 4, che si vuole anche sopprimere, assessore Pahl ricadiamo ancora in quel discorso di solidarietà umana, che lei dice è implicito, rispondendo al mio emendamento di qualche minuto fa. Dico che non farebbe mai male essere espresso nelle nostre leggi in modo virtuale, la storia ci insegna che le integrazioni dei popoli possono avvenire in diverse maniere, quindi limitarsi a parlare di integrazione, senza dare per scontato che questi valori, che lei aveva inserito nella legge, non il sottoscritto, lei aveva presentato una legge con la Giunta che inseriva questi principi ed il toglierli penso che venga interpretato in malo modo.

A questo punto le dirò di più, è lei che ci fa sospettare, perché penso che non costi niente inserirlo e ribadirlo in più di un'occasione, lei prima diceva che se lo inseriamo sembra quasi che si pensi che noi andiamo a valorizzare o comunque a sovvenzionare culture diverse, che non perseguano nei loro statuti quelli che sono questi valori. Non mi sono mai permesso di pensarlo, dico solo che il ribadirlo non è mai male ed il fatto che lei l'abbia ribadito nella legge e che adesso lo venga a togliere, cos'è che le dà fastidio? Il fatto che la legge sia composta di due commi in più? Non penso, comunque a livello legislativo è un paparacchio questa legge, perché contiene di tutto, quindi non è leggibile.

Lei sa che sulla metodologia legislativa il sottoscritto ha un'idea abbastanza chiara, cioè quando si va a toccare una legge in corso, per come ho ribadito più volte in quest'aula, si dovrebbe definire un testo unico e quindi arrivare ad una legge che sia il più possibile leggibile, anche dai non addetti ai lavori, perché se diamo in mano questa legge emendata all'uomo comune della strada, difficilmente riuscirà a comprendere, perché i richiami alla legge precedente sono innumerevoli, abbiamo aggiunto commi, abbiamo tolto paragrafi, inseriamo articoli che non hanno niente a che vedere con l'integrazione europea o la valorizzazione delle nostre minoranze, quindi è un modo di legiferare che ci crea dei problemi, penso che all'interno di questo bisognerebbe dare una certa cultura, che mi auguro tutti noi perseguiamo.

PRESIDENTE: Sono prenotati alcuni interventi, ma avevamo promesso, per essere puntuali, che avremo incontrato i sindaci della valle dei Mocheni e dell'Altopiano di Lavarone alle ore 12.00.

Sospendo i lavori ed è convocata la conferenza dei capigruppo, perché così avevamo concordato in quella riunione ieri mattina. I capigruppo sono pregati di presenziare all'incontro con i sindaci.

La seduta è sospesa e riprenderà alle ore 15.00.

(ore 12.00)

(ore 15.10)

Presidenza del Presidente Tretter

Vorsitzender: Präsident Tretter

PRESIDENTE: La seduta riprende. Prego procedere con l'appello nominale.

DENICOLO': *(Sekretär):(ruft die Namen auf)*
(segretario):(fa l'appello nominale)

PRESIDENTE: Nella conferenza dei capigruppo era stato chiesto dal cons. Atz di anticipare un punto all'ordine del giorno e vista l'urgenza e l'importanza dell'argomento è stato chiesto di sospendere la trattazione di questo punto e di anticipare il disegno di legge n. 33: Modifica del capoluogo del Comune di Valle di Casies (presentato dalla Giunta regionale).

Sull'ordine dei lavori ha chiesto la parola la cons. Klotz.

KLOTZ: Herr Präsident!

Ich bin nicht damit einverstanden, sollte man trotzdem darauf bestehen, dann verlange ich die Abstimmung darüber, und zwar die geheime Abstimmung darüber. Es handelt sich hier um einen Tagesordnungspunkt, der jetzt vor den Gemeinderatswahlen schnell, schnell noch durchgeboxt werden soll, weil es hier um ganz konkrete Interessen geht. Es ist aber eine ganz große Ungerechtigkeit, die eine Grundlage dieses jetzigen Spiels ausmacht.

Es geht um folgendes: In diesem Regionalrat wurde endlich im Jahre 1990 ein Antrag der Gemeinde Pichl behandelt wegen Wiederherstellung der Gemeinde Pichl-Gsies, nachdem 1929 die drei bestehenden Gemeinden des Tales während des Faschismus zusammengelegt worden waren. Die Gemeinde Pichl wollte wieder eine eigene Gemeinde werden. Mußte fünf Jahre lang warten bis dieser Tagesordnungspunkt in diesem Regionalrat endlich behandelt wurde. Es hat damals eine Volksbefragung in Pichl gegeben mit ganz großer Mehrheit für die Wiedererrichtung der Gemeinde Pichl, welches Ergebnis vom Regionalrat nicht respektiert worden ist. Also gegen den Willen der damaligen großen Mehrheit der betreffenden Gemeinde wurde es hier abgelehnt. Jetzt kommt aber die andere Gemeinde. St. Martin in Gsies verlangt die Verlegung des Sitzes und das soll nun kaum, daß wir es auf der Tagesordnung haben, - es hätte ja schon letztes Mal durch Aufnahme in die Tagesordnung mit Zweidrittelmehrheit passieren sollen, was zum Glück nicht der Fall war - innerhalb weniger Minuten durchgeboxt werden. Das ist eine ganz große Ungerechtigkeit zumal die andere Sache, die bei Gericht behängt, also beim Staatsrat in Rom wegen der Wiedererrichtung der Gemeinde Pichl - die behängt immer noch beim Staatsrat in Rom - trotzdem über die Knie gebrochen werden soll. Deshalb widersetze ich mich und ich möchte...

(Unterbrechung - interruzione)

KLOTZ: ...die Kolleginnen und Kollegen ersuchen und bitten, sich dagegen auszusprechen, daß wir das jetzt aus Gefälligkeit einem Teil des Tales gegenüber einfach so über die Flotte abhandeln.

PRESIDENTE: Collega Klotz è un suo diritto, lei ha chiesto la votazione a scrutinio segreto su questa anticipazione. Faccio presente che alcuni capigruppo presenti nella riunione avevano non espresso la contrarietà, lei però per poter sostenere questa sua legittima richiesta deve chiedere a quattro colleghi di sostenere questa votazione per scrutinio segreto. Ci sono va bene.

Ha chiesto la parola sull'ordine dei lavori la cons. Zendron.

ZENDRON: Presidente, non voglio entrare nel merito della questione posta dalla cons. Klotz, non ho niente contro il fatto che si tratti questa materia adesso, però le voglio porre un quesito procedurale e le vorrei chiedere: noi siamo in trattazione di una legge che ieri ci è stato rinfacciato dal proponente, assessore Pahl, che era urgentissima e addirittura il dibattito democratico è stato accusato di voler rallentare la legge, oggi ha ripetuto di nuovo che questa legge è urgente, allora le vorrei chiedere se proceduralmente è possibile che noi interrompiamo la discussione su un emendamento ed anticipiamo un altro punto.

Proceduralmente come funziona, cioè qualcuno deve chiedere la sospensione della legge che stiamo trattando per un certo periodo, perché non credo che si possa fare finta di niente, qui ci sono persone iscritte a parlare su quella legge e fare finta ed inserire un'altra cosa.

Quindi non sull'argomento dell'inserimento, ma vorrei sapere come è inserito invece proceduralmente.

PRESIDENTE: Questa mattina è stata fatta una richiesta da parte del capigruppo del SVP di anticipare questo punto all'ordine del giorno, i capigruppo presenti nella conferenza non si erano opposti. E' legittima la richiesta del cons. Atz, che ha precisato che chiedeva l'anticipazione per poi riprendere la discussione sul disegno di legge n. 28. Questa è stata la richiesta fatta ai capigruppo, però l'aula è sovrana, cons. Zendron.

E' stata fatta una richiesta ed io la pongo in votazione, il Consiglio è sovrano.

Sull'ordine dei lavori ha chiesto di intervenire il cons. Passerini.

PASSERINI: Se ricordo bene, nella conferenza dei capigruppo lei ha motivato la richiesta di rinvio del disegno di legge, per il fatto che siamo in presenza, queste sono state le sue testuali parole "di un elegante ostruzionismo da parte delle minoranze, il che consiglia che ci sia un confronto tra maggioranza e minoranza per fa sì che questi ostacoli vengano superati".

Se questa è la motivazione, è chiaro che prima di trattare nuovamente il disegno di legge che noi ora dovremo andare a sospendere, dobbiamo dar luogo a questo confronto tra maggioranza e minoranza, altrimenti la sua motivazione non sta in piedi.

Allora le chiedo se lei conferma questa motivazione che ha esposto nella conferenza dei capigruppo, oppure se la motivazione è un'altra.

PRESIDENTE: La ringrazio, perché il Presidente è sempre convinto che si ricordino quello che ha detto, lei è stato preciso nel riportare quello che era il mio pensiero, un auspicio e una raccomandazione che avevo fatto alla maggioranza di trovare un'intesa con le minoranze o mediazione, questa è una considerazione che non deve influire sulla trattativa fra maggioranza e minoranza.

Avevo detto che nel frattempo la maggioranza si confrontasse con le richieste della minoranza e si trovasse un'intesa anche per accelerare i tempi ed arrivare ancora in giornata all'approvazione di questo importante disegno di legge. Siccome vedo che i lavori stanno andando veramente a rilento, proporrei, se il Consiglio approverà questa anticipazione, subito dopo l'approvazione o non approvazione di questa leggina, di sospendere i lavori per 15 minuti, convocare la conferenza dei Capigruppo e capire, attraverso anche la mediazione del Presidente, se si può trovare una soluzione che auspico.

Cons. Passerini, lei ha fatto bene a ricordare le parole che aveva speso il Presidente in quella conferenza dei capigruppo.

Sull'ordine dei lavori ha chiesto la parola il cons. Benedetti.

BENEDETTI: Più che altro per ribadire come instauriamo un precedente, nella prossima legge, a chi fa ostruzionismo, permettiamo di presentare l'anticipazione di tutti i punti all'ordine del giorno, uno per uno e quindi a me sembra che mettiamo in campo un precedente che è sicuramente pericoloso.

Ma non volevo intervenire su questo, bensì sull'ordine dei lavori per riproporre invece l'ordine naturale dell'ordine del giorno e quindi prima del disegno di legge 33, se l'anticipazione potesse essere ammessa, di discutere il punto 1) all'ordine del giorno, in quanto abbiamo la sostituzione del collega Bondi, che non può partecipare alle sedute della Commissione, e mercoledì abbiamo la prima commissione, quindi reputo estremamente importante avere la sostituzione, anche perché non penso che comporti discussione, in quanto spetta al gruppo proponente di proporre il sostituto naturale. Grazie.

PRESIDENTE: Condivido questa sua richiesta e se l'aula non si oppone procediamo con la votazione per l'anticipazione di questo punto, richiesta dal collega Atz, e poi sospendo i lavori, convoco la conferenza dei capigruppo ed in quella riunione sottoporro il rispetto dell'ordine del giorno.

Prego distribuire le schede per la votazione a scrutinio segreto.

(segue votazione a scrutinio segreto)

PRESIDENTE: Comunico l'esito della votazione per l'anticipazione del punto 30) dell'ordine del giorno:

votanti 57
schede favorevoli 25
schede contrarie 31
schede bianche 1

Il Consiglio non approva.
Consiglieri, sospendo i lavori per 10 minuti e convoco la conferenza dei capigruppo.

(ore 15.57)

(ore 16.23)

PRESIDENTE: Prego i consiglieri di prendere posto. Passiamo al punto 1) dell'ordine del giorno: **Sostituzione del consigliere Mauro Bondi (articolo 23 del Regolamento interno) quale membro della I^a Commissione legislativa.**

Dobbiamo sostituire il cons. Bondi, che ha rassegnato le dimissioni dalla I^a Commissione legislativa, in data 21 marzo 1995, ai sensi dell'art. 23 del regolamento interno del Consiglio. E' chiamato a sostituire il dimissionario un consigliere dello stesso gruppo consiliare. Prego di avanzare proposte.

La parola al cons. Bondi.

BONDI: Presidente, chiedo all'aula di accogliere le dimissioni, che sono dovute semplicemente all'impegno nelle commissioni provinciali, dove ci sono ben 3 commissioni e se è possibile da parte mia fare una proposta, tenuto conto che in tutti questi mesi mi ha sempre sostituito il cons. Benedetti, che fa parte del gruppo regionale, propongo all'aula di nominare il cons. Benedetti quale membro della I^a Commissione.

PRESIDENTE: E' stato proposto, quale nuovo membro della I^a Commissione legislativa, il cons. Benedetti. Qualcuno intende intervenire sulla proposta? Nessuno. Pongo in votazione la proposta. Favorevoli? Contrari? Astenuti? Con 20 voti favorevoli, 14 voti contrari e 5 voti di astensione, il cons. Benedetti è membro della I^a Commissione legislativa.

Riprendiamo il **disegno di legge n. 28.**

Siamo in discussione dell'emendamento proposto dalla Giunta che chiede la soppressione dei commi 3 e 4 dell'art. 2, è il prot. n. 2932.

Qualcuno intende intervenire? La parola alla cons. Zendron.

ZENDRON: Grazie Presidente. Ero iscritta a parlare da stamattina e mi esprimo contro questo emendamento, che abroga uno dei due punti in cui questa legge si propone di tutelare e valorizzare la lingua e la cultura delle minoranze linguistiche, anche all'interno

della regione. Ora a me sembra che si debba fare una considerazione generale, a mezzogiorno abbiamo avuto un incontro con i rappresentanti di minoranze linguistiche trentine e sono state fatte una serie di promesse, che in questa legge ci sarebbe stato qualcosa per loro; adesso torniamo in aula e ci apprestiamo con un incredibile emendamento della Giunta ad abrogare uno dei due timidi punti, in cui ci si proponeva di utilizzare questa legge anche a sostegno economico per iniziative culturali e per valorizzare la lingua delle minoranze.

Francamente sono un po' meravigliata, ormai questa legge ha un andamento allucinante, per cui noi chiediamo delle spiegazioni e la Giunta più o meno tace, o dà delle risposte assolutamente evasive, però francamente vorrei che mi si spiegasse per quale ragione qui ci si ritira da un impegno che è stato preso non più tardi di un paio di ore fa. Facciamo a meno di fare promesse, se poi le manteniamo in questa maniera.

Vorrei fare una considerazione su questo, credo che questa sia invece una formulazione esatta e che l'ambito di integrazione europea, che non credo che di per sé assorba i concetti di democrazia, pace, solidarietà e diritti umani, come è stato affermato dall'assessore Pahl, perché allora non avremo più bisogno di parole se una parola sostituisce tutte le altre, però se l'obiettivo di questa integrazione europea è quello di una realtà in cui regni la pace ed altre cose che lui ritiene di per sé assorbite in questo concetto, noi dovremo pensare che i conflitti oggi, nel nostro tempo, come è scritto in un bellissimo e recente libro di Hans Magnus Enzensberger, sono conflitti che pongono gli uni contro gli altri, le persone ed i gruppi che vivono vicini, non è più come una volta che le guerre si fanno lontane, qui stiamo tornando ad un tempo antico, in cui la guerra di tutti i giorni e la guerra di sempre è la guerra civile. Abbiamo un esempio negli Stati Uniti in questi giorni, con questo terribile crimine di Oklahoma City e credo che questo dovrebbe essere un elemento che ci fa riflettere e pensare che la vera integrazione europea la possiamo realizzare anche attraverso la soluzione dei possibili conflitti interni e quindi di per sé la valorizzazione delle diversità, che è uno degli elementi che permettono di evitare questi conflitti.

Quindi esprimo il mio sbalordimento di fronte all'ipotesi di abolire uno dei due punti della legge, che si pongono come obiettivo la valorizzazione e l'impegno a tutelare e valorizzare la lingua e la cultura delle minoranze linguistiche e mi chiedo se dopo avere negato clamorosamente l'appoggio ai progetti di normazione linguistica della minoranza di lingua ladina, adesso si tolga l'ultima parte, quindi di questa legge veramente non rimane niente. Mi chiedo quale sia il senso, se non quello di dare in mano a qualcuno dei soldi, che non ha più nessun riferimento per spendere.

Scusate, l'integrazione europea non può veramente mandare le persone a fare un viaggetto a Strasburgo, come è stato fatto con il miliardo speso quest'anno, abbiamo visto i soldi come sono stati dati, per viaggi, ad esempio i pompieri viaggiano molto ed io ho fatto un'interrogazione per chiedere alcune spiegazioni, oltre il fatto che ci sono delle associazioni, emanazione diretta di partiti, che vengono finanziate molto di più di altre, che presentano progetti più credibili. Però in questo caso credo che venga a mancare uno dei pilastri di questa legge, che è stata propagandata con una legge che

costituisce, almeno per il Trentino, un primo intervento quasi di soccorso in attesa di una regolamentazione giuridica più complessiva delle minoranze linguistiche trentine.

Qui la Giunta se lo sta rimangiando interamente abrogando il comma 3, che è uno dei due che lo contiene. Vi ricordo che l'altro che lo contiene è un'affermazione in cui si parla genericamente di minoranze, anche a livello europeo e poi si fa un riferimento a quelle locali. Però senza un riferimento preciso a lingue e cultura la legge sia estremamente debole in questo campo e che non giustifichi per nulla le affermazioni che sono state fatte ai sindaci, che hanno voluto l'incontro con noi e che vengono qui chiaramente traditi nelle loro aspettative.

(Vizepräsident Peterlini übernimmt den Vorsitz)

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Peterlini)

PRÄSIDENT: Bitte schön, Abg. Passerini.

...Entschuldigung Frau Kury, wir haben uns verfehlt. Entschuldigung.

PASSERINI: Grazie Presidente. Volevo confermare quanto detto stamattina nella riunione dei capigruppo che il cosiddetto elegante ostruzionismo lo sta facendo la Giunta regionale, introducendo tutta una serie di emendamenti; le minoranze cercano di andare al riparo e correggere questi emendamenti, ma l'ostruzionismo viene dalla Giunta regionale, perché essa stessa ha proposto tutta una serie di emendamenti, che stravolgono l'impianto della legge.

Solitamente questa azione la dovrebbero portare avanti le minoranze, caso strano questa volta i colpi mortali all'impianto della legge vengono dalla stessa maggioranza. Quindi se ritardi ci sono, se problemi ci sono è perché la stessa maggioranza in qualche modo si sta pentendo di questo disegno di legge ed è una cosa strana, singolare, comunque prendiamo atto di questo.

Certo è che tutti gli emendamenti proposti dalla Giunta, un colpo dopo l'altro, tolgono quei riferimenti a valori importanti, che invece erano presenti nella prima stesura del testo, così ora, attraverso questi emendamenti, sparisce anche la parole "solidarietà", così come sono sparite le parole "pace, diritti umani, democrazia". Non c'è qui il cons. Pinter, non so se è perché qualcuno può confondere solidarietà con il movimento politico del cons. Pinter, ma la parola solidarietà aveva un significato profondo dentro questo disegno di legge.

Spariscono le parole "tutelare e valorizzare la lingua e la cultura delle minoranze linguistiche" e non abbiamo ancora capito il senso di queste eliminazioni. Un colpo dopo l'altro tutti questi riferimenti vengono tolti e alla fine davvero rimarrà soltanto un'operazione finanziaria. Allora le minoranze hanno il dovere di intervenire su queste modifiche sostanziali, di fondo, che la stessa Giunta introduce e non è colpa nostra, noi cerchiamo di impedire l'ostruzionismo della Giunta e di riportare il testo alla sua stesura originaria in tanti casi.

Quindi noi stiamo tentando di impedire, non riuscendoci, questo ostruzionismo da parte della Giunta. Quindi speriamo che qualcuno della maggioranza

appoggi questo nostro tentativo di difendere, almeno una parte, del testo originario contro i tentativi ripetuti da parte della stessa maggioranza, di stravolgerlo attraverso questa operazione ostruzionistica.

PRÄSIDENT: Die Frau Abg. Kury muß mich entschuldigen. Ich habe es vorher nicht genau gesehen. Bitte schön.

KURY: Ich werde mich kurz fassen, um mich nicht dem Vorwurf des Obstruktionismus hier auszusetzen, aber etwas was Kollege Pahl heute am Vormittag gesagt hat, glaube ich, darf ja nicht unwidersprochen bleiben.

Herr Assessor Pahl, Sie haben darauf hingewiesen, daß Begriffe oder Werte wie Frieden, Solidarität und Schutz der Minderheiten auf europäischer Ebene so gut wie selbstverständlich sind und deshalb nicht Eingang in ein Regionalgesetz finden müssen. Das waren Ihre Worte, wenn ich es richtig in Erinnerung habe. Ich glaube im Augenblick, wie Sie das gesagt haben, muß in Ihrem Hirn irgendwo doch selber ein Lämpchen aufgeleuchtet sein, daß Sie daran erinnert hat, daß ein Land wie die Türkei, das sie daraufhin zitiert haben, eben auch Mitglied des Europarates ist z.B. und ich glaube wohl, daß man hier in diesem Saal nicht unwidersprochen hinnehmen kann, daß die Türkei, die einen infamen Auslöschungskrieg gegen eine ethnische Minderheit betreibt, hier als ein Land hingestellt wird, das Begriffe wie Solidarität, Friede und Schutz der Minderheit auf ihre Fahne geschrieben hat. Sie haben doch angeführt, daß eben das Problem der Türkei besteht und nachdem die Türkei Mitglied des Europarates ist, ist insofern Ihre vorhergehende Rede völlig im Widerspruch geraten. Das wollte ich nur in Erinnerung rufen und insofern scheint es mir tatsächlich belanglos, wenn uns das als Obstruktionismus ausgelegt wird, und ich möchte großen Wert darauf legen, daß diese Begriffe zumindest in der Region doch noch einen Wert haben.

Es soll auch Absatz 4 gestrichen werden und praktisch heißt das, daß man bei den vagen Formulierungen des Artikels 3 und 4 - ich beziehe mich jetzt auf den Vorschlag der Streichung des Absatz 4. Insofern bleibt also der vage Absatz vom ursprünglichen Artikel 2 bestehen: Fördert die Initiativen zur Stärkung der kulturellen europäischen Identität unter den Jugendlichen. Eigenartig, daß man jetzt streicht, daß man insbesondere direkte Begegnungen fördern will, und da Herr Assessor Pahl kann ich nicht umhin darauf hinzuweisen, daß vor allem in unseren Stellungnahmen immer wieder darauf hingewiesen wurde, daß wir befürchten, daß das mit den direkten Kontakten unter den Jugendlichen so ernst gar nicht zu nehmen sei, weil man ja die Erfahrungen des Landes Südtirol hat, wo man alles eher tut als direkte Kontakte unter den Jugendlichen zu fördern. Nun, in Südtirol passiert das nicht.

Ich glaube, das brauche ich nicht noch einmal auszuführen, inzwischen wissen es wohl alle. Ein schlagendes Beispiel dafür ist wohl die Schüleraustauschrichtlinie. Einen ganzen Tag dürfen sich italienische Schüler mit deutschen Schülern treffen. Nun, in Südtirol findet das nicht statt. Nun haben wir uns gedacht, sollte das jetzt in der Region auf einmal möglich sein. Ist es weniger gefährlich, wenn z.B. deutsche Bozner mit italienischen Trentinern in Kontakt kommen? Nun sehen

wir also, daß das mit dem Kontakt auch nicht so ernst zu nehmen ist, man fördert zwar die europäische Integration, aber möglichst so, daß die Leute wenn es nicht ins Konzept paßt nicht untereinander in Kontakt kommen, und da kann ich nur Bedenken haben gegen solch eine Auffassung der europäischen Integration. Herr Pahl, was wir hier tun, ist eigentlich ein Kompliment an ihre ursprüngliche Fassung. Fassen Sie es als Kompliment auf. Wir verteidigen Ihr Konzept zum Teil, nicht das ganze, aber zum Teil.

PRÄSIDENT: Wer möchte sich noch zu Wort melden bitte?

Die Frau Abg. Chiodi. Bitte schön.

CHIODI: Riprendo in parte quello che stamattina ho tentato di dire e che poi l'assessore Pahl, nella sua forte risposta, ha detto che questa legge comprende ugualmente i punti. Allora nella relazione al disegno di legge ci sono scritti i principi ispiratori delle modifiche che si propongono e fra questi principi, che sono sette, c'è una parte che afferma "introdurre maggiori opportunità per il sostegno ed il finanziamento di iniziative a favore delle minoranze linguistiche presenti in regione (tedesca, ladina, mochena e cimbra), nonché la possibilità per la Regione Autonoma Trentino-Alto Adige di aderire ad istituti, Centri di studio e Associazioni che hanno come scopo la valorizzazione delle minoranze linguistiche".

Togliendo il comma 3, togliamo la parte più importante, che era anche in parte la risposta che abbiamo dato ai sindaci oggi, perché nel comma 3 c'è scritto "nonché a tutelare e valorizzare la lingua e la cultura delle minoranze linguistiche anche all'interno della regione".

Abbiamo un disegno di legge con una relazione accompagnatoria che dice quali sono le modifiche ed i motivi ispiratori di queste modifiche, incontriamo i sindaci che ci dicono che la regione è stata poco attenta al nostro esistere, abbiamo una situazione demografica in calo, abbiamo tutta una serie di problemi, con questa legge abbiamo la possibilità di avere una risposta più concreta ad una serie di iniziative. Questo è anche lo spirito della legge, perché come dicevo prima era nei principi ispiratori delle modifiche che sono presenti nella relazione, adesso andiamo a togliere questo punto che è importante e che doveva essere la risposta che noi abbiamo dato ai sindaci incontrati oggi e sono anche una risposta alla lettera che i sindaci ci hanno mandato, perché questa lettera sembra che faccia un'accusa a qualcuno, però alla fine si legge che minoranze presenti anche sul territorio Trentino, oltre che nella provincia dell'Alto Adige, chiedono - con questo passo che adesso andiamo ad abrogare - un intervento della regione.

Si propone inoltre di abrogare anche il comma 4: "e della solidarietà umana, promuovendo in particolare incontri diretti tra gli stessi". Questa mattina il cons. Pahl diceva che questo è dentro nell'articolo e nelle finalità della legge, ma non è vero, perché i punti più importanti sono questi, assessore Pahl.

Non è detto che nella legge, dove si parla di favorire l'integrazione europea, si parla anche di solidarietà, di pace, ecc., questa sparisce da questo disegno di

legge e come ho detto stamattina, questi argomenti dovevano essere gli argomenti portanti di questo provvedimento.

Allora non riesco a capire perché il Presidente Grandi, abbia deciso di togliere questi due commi, che sono una risposta a delle promesse e degli accordi che voi avete fatto con i sindaci. Alla riunione i sindaci hanno detto di aver incontrato la Giunta regionale e di aver concordato con la Giunta regionale alcuni passaggi della legge, che sono questi.

Allora voglio chiedere, se l'obiettivo era questo, perché lo togliamo assessore Pahl? Questa legge, senza questi obiettivi, diventa nulla, accadrà che lei avrà in mano il portafoglio e ogni tanto dovrà dare soldi alle Province, che è già una cosa che non considero positiva, però gli obiettivi lei non li avrà più chiari, perché abbiamo tolto il rapporto con i giovani, il rapporto con l'Università, con le minoranze che hanno richiesto alcuni interventi, non parliamo più di solidarietà umana, non parliamo più di nulla, avremo una legge che è un aborto, perché è nulla.

Vorrei vedere alla fine, quando usciamo da quest'aula, cosa ne verrà fuori da questa legge. Lei avrà la possibilità di gestire 5 miliardi e 200 milioni, però non ci sarà sempre lei. Credo che dobbiamo strutturare una legge, che poi è possibile che sia gestita anche da chi non l'ha pensata. Allora se l'impianto era quello, assessore Pahl, perché dobbiamo togliere uno dei pilastri principali? E' questo che non riesco a capire.

PRÄSIDENT: Jetzt sehe ich keine weiteren Wortmeldungen mehr. Niemand. Die Regierung auch nicht.

Dann stimmen wir ab über den Änderungsantrag Pahl usw. des Ausschusses. Wer damit einverstanden ist, möge die Hand erheben? Wer stimmt dagegen? 6 Gegenstimmen. Wer enthält sich der Stimme? 4.

Damit ist der Antrag mehrheitlich genehmigt.

PRÄSIDENT: Und jetzt kommt immer zum Artikel 2 natürlich 3/bis: Bei Artikel 2 wird der nachstehend angeführte Artikel 3/bis hinzugefügt: Im Buchstaben g) werden die Worte "in allen Gremien, in denen sie vertreten ist" gestrichen; vor dem Wort "auch" werden die Worte "durch die Presse und durch Radio und Fernsehen" eingefügt. Willeit, Vecli, Muraro.

Alla lettera g) sono sopresse le parole " nelle sedi in cui è rappresentata" e dopo la parola "anche" sono inserite le parole "attraverso mezzi di stampa, editoriali e radiotelevisivi". Firmato Willeit, Vecli, Muraro.

...Aber jedenfalls vor dem Artikel, sonst ist er weg.

PRÄSIDENT: Hier kommt noch eine Änderung von der Abg. Zendron: Im Absatz 5 des Artikels 2 werden die nachstehend angeführten Worte hinzugefügt: "mit Ausnahme jener, denen eine nationalsozialistische, neofaschistische oder fremdenfeindliche Ideologie oder Geisteshaltung zugrunde liegt." Zendron, Benedetti, Passerini.

Al comma 5 dell'articolo 2 sono aggiunte le seguenti parole:

"escluse quelle che si ispirano a ideologia e correnti di pensiero neonaziste, neofasciste o razziste". Zendron, Benedetti, Passerini.

Bitte schön.

ZENDRON: Brevemente, la seconda parola "ideologia o corrente di pensiero", credo che quello che sta succedendo oggi in Europa, accanto ad un giusto crescere dell'attenzione verso i diritti e la valorizzazione delle culture, delle minoranze dei piccoli popoli, esiste anche una ripresa di movimenti di gruppi e di popoli che configurano un micronazionalismo, che in alcuni casi è estremamente pericoloso e che mette in atto niente affatto quello che noi vorremmo e cioè un maggiore ruolo delle regioni e delle minoranze e delle realtà locali, ma al contrario mette invece in pericolo la democrazia in Europa. Nel momento in cui oggi noi diamo soldi in Europa, deve essere chiaro e controllato che questi soldi non vanno a dei gruppi che possono provocare una riduzione della democrazia o addirittura delle situazioni di nazionalismo.

Quindi credo che questa sia una questione delicatissima, una questione che meriterebbe all'interno di quest'aula sicuramente un approfondimento, nel senso che è facile parlare, ho detto ieri in un intervento, lo ridico oggi se qualcuno vuole ascoltare, che nell'ultimo numero del "Tiroler" è stampato tutto intero il numero di Aula, che è una rivista dell'estrema destra eversiva austriaca ed è stampato come se fossero articoli del "Tiroler" e si capisce, cioè la grafica è la stessa, il che significa che c'è stato a livello organizzativo un'unificazione di queste organizzazioni, che da un lato si pongono come tutelanti l'interesse anche delle nostre minoranze e dall'altra parte movimenti francamente dell'eversione della destra.

Allora secondo me è importantissimo che nel momento in cui si interviene con degli affratellamenti o dei finanziamenti addirittura a questi gruppi, che si garantisca che noi contribuiamo ad un'integrazione europea, che in questo caso è assolutamente importante che sia democratica, pacifica e rispettosa dei diritti umani fondamentali.

PRÄSIDENT: Danke.

Der Abg. Frasnelli hat das Wort. Bitte.

FRASNELLI: Ich möchte sagen, daß man zu Recht davon ausgehen könnte, daß in diesem Zusammenhang in einer Demokratie wirklich vieles als selbstverständlich anzusehen und anzunehmen wäre, bin aber nicht persönlich der Auffassung, daß in diesem Zusammenhang ein sehr klares Signal gegeben werden sollte, denn gerade um die Sache Tirols, die Sache Südtirols - das lehrt uns die Geschichte, wir besinnen uns ja in diesen Tagen und Wochen auf vieles auch in unserer Geschichte - hat es die Situation gegeben, daß sich sehr vieles aus dieser Ecke eingenistet hat oder versucht hat einzunisten. Aus diesem Grunde bin ich persönlich für ein klares Signal und ich ersuche - ich betone persönlich - die Mehrheit und die Regierung diesem Abänderungsantrag die Zustimmung nicht zu verwehren. Danke.

PRÄSIDENT: Abg. Benedikter hat das Wort.

BENEDIKTER: Ich weiß in der Geschichte Südtirols seit 1945 - ich stehe seit 45 im politischen Leben - ist der Südtiroler Volkspartei immer wieder vorgeworfen worden: Ihr habt ja wirklich mit äußerster Entschlossenheit die Belange der Volksgruppe verteidigt und euch widersetzt, daß wir assimiliert werden im italienischen Staate usw. Unter anderem hat man uns auch vorgeworfen: "Ihr seid ja rassistisch und ihr setzt die nationalsozialistische Lehre oder das nationalsozialistische Gedankengut fort usw.", und man hat sich deswegen nicht der konsequenten Verteidigung des Bestehens einer Sprachgruppe in ihrem angestammten Heimatland entzogen und daß sie das Recht hat, zu verteidigen nicht nur persönlich deutsch bleiben zu können, sondern eben daß dieses angestammte Heimatland in seiner deutschen Mehrheit bewahrt wird.

Und jetzt bin ich der Ansicht, daß so etwas hier einfach gegen den Artikel 3 der Verfassung ist. Denn selbstverständlich wenn da eine Vereinigung auftritt, die in ihren Satzungen so etwas drinnen hat, schön geschrieben und daß sie der Ansicht ist, daß die Deutschen Südtirols eine höhere Rasse sind, den anderen überlegen sind und schon deswegen vor Assimilation geschützt werden müssen usw. oder ähnliches dieser Art von Rassisten, Neofaschisten oder Neonazisten, dann hätte man auch wieder - steht ja irgendwo in der Verfassung - das Wiederaufleben des faschistischen Gedankengutes nicht zulassen dürfen. Steht auch wiederum in der Verfassung, aber könnte man sie deswegen schon ablehnen, wenn sie in ihren Satzungen so etwas geschrieben hätten, etwas was eben erlaubt, diesen Schluß zu ziehen.

Kein Regionalausschuß und kein Landesausschuß und keine Zentralregierung darf sagen: Ihr habt politische Anschauungen, die irgendwie anknüpfen an Rassismus, Neofaschismus, Neonazismus usw. Nein, das geht nicht. Das ist gegen den Artikel 2 der Verfassung, wo es heißt, die Republik anerkennt und gewährleistet die unverletzlichen Rechte des Menschen, sei es als Einzelperson, sei es innerhalb der gesellschaftlichen Gebilde, in denen sich seine Persönlichkeit entfaltet - siehe Vereinigungen -, und alle Staatsbürger haben die gleiche gesellschaftliche Würde und sind vor dem Gesetz ohne Unterschied des Geschlechtes, der Rasse, der Sprache, des Glaubens, der politischen Anschauungen, der persönlichen und sozialen Verhältnisse gleich.

Auf der einen Seite anerkennt die Republik die unverletzlichen Rechte des Menschen als Einzelperson und als Vereinigung und fordert die Erfüllung der unabdingbaren Pflichten politischer, wirtschaftlicher und sozialer Verbundenheit. Wenn diese Pflichten nicht erfüllt werden, wenn die Vereinigung auffordern sollte diese Pflichten nicht zu erfüllen, dann ist sowieso schon der Beweggrund gegeben, daß man sie nicht unterstützen darf. Und gleichzeitig heißt es ausdrücklich: Alle Staatsbürger haben die gleiche gesellschaftliche Würde, sind vor dem Gesetz gleich ohne Unterschied der politischen Anschauungen. Ich bin der Ansicht, daß so etwas voraussetzt, daß eine Regierung sagen kann: Nein, die denken nicht demokratisch und deswegen schließen wir sie aus. Das darf es in einem demokratischen - echt demokratischen Staat nicht geben und ich getraue mir ohne weiteres eben deswegen dagegen zu sein, weil das eben

dann die Einteilung der Menschen und der Vereinigungen nach ihrem Gedankengut vornimmt, und die Regierung verhält sich aufgrund des ihnen zugeschriebenen Gedankengutes, das nicht Ausdruck findet in irgendeiner Satzung ebendementsprechend. Denn wenn es in der Satzung geschrieben wäre, dann bräuchte ich keine solche Bestimmung, ich kann diese Vereinigung ausschließen und kann mich ebenso gut auf die Verfassung berufen. Aber so bin ich der Ansicht, daß das der Regierung die Kontrolle über das Gedankengut der Bürger gibt.

PRÄSIDENT: Der Abg. Passerini hat sich zu Wort gemeldet. Er hat das Wort. Bitte. ...Und danach, Frau Klotz und Herr Atz.

PASSERINI: Grazie Presidente. L'inserimento di questo emendamento è estremamente opportuno, proprio perché al comma 5 il testo della proposta di legge parla di associazioni che rappresentano i gruppi etnici e le minoranze linguistiche d'Europa. Quindi non ci si riferisce qui soltanto ad associazioni italiane e qui mi rivolgo al cons. Benedikter, vale a dire noi stiamo parlando di associazioni che possono operare anche in altri ambiti e non vorrei che poi queste associazioni, che si ispirano a correnti neofasciste o razziste, magari in talune occasioni possano trovarsi anche concordi con il cons. Benedikter, perché altrimenti non mi spiego il perché di questo suo intervento.

Non capisco perché si abbia paura ad inserire questo emendamento, forse perché ci sono delle associazioni che vogliono la riunificazione del Tirolo e che contemporaneamente si ispirano a correnti politiche neonaziste magari? Questa è una domanda che pongo al cons. Benedikter, che purtroppo in questo momento non mi sta ascoltando e quindi magari dovrò ripeterla successivamente, ma se un attimo il cons. Benedikter mi presta attenzione, non capisco la contrarietà sua all'inserimento di questo emendamento, a meno che lei non intraveda la coincidenza di associazioni che magari concordano con lei sulla riunificazione del Tirolo storico, ma che contemporaneamente si ispirano a correnti neonaziste, che potrebbero magari trovare un ostacolo di questo tipo. Se così non fosse non si capisce perché non dovremmo inserire questo emendamento.

Il suo richiamo alla Costituzione, agli inderogabili valori di solidarietà e al fatto che sia vietata la ricostituzione del partito fascista, questo non toglie nulla al fatto che una legge ripeta questi valori, altrimenti la parola "solidarietà" magari la dovremo togliere da qualsiasi legge, perché è inserita dentro nella Costituzione. Mi pare che stiamo dando per scontate troppe cose, mentre appunto scontate non lo sono, tanto più in questo momento in cui l'Europa è attraversata da pericolose correnti di nuovi nazionalismi e magari anche che vanno nella direzione di vincite nostalgiche di tipo razzista e di tipo neonazista.

Ieri abbiamo sospeso il Consiglio regionale, perché i consiglieri potessero partecipare all'apertura di una mostra sui Lager; allora se questo ha un significato, il fatto di ribadire questi concetti in un disegno di legge che dovrebbe portare alla collaborazione europea su alcuni valori di fondo, non si capisce perché non

dovremmo far cenno a questo, perché allora dovremmo dare tutto per scontato e non dovremmo fare nemmeno le mostre per ricordare alla gente cosa c'è stato.

Credo che sia un cavillo giuridico, che però può essere certamente superato dal fatto che oggi in Europa siamo in presenza di un forte ritorno di queste correnti e non in un'Europa generica, ma nel Tirolo a noi vicino e certi revanscismi neonazisti, nel Tirolo a noi vicino, dovrebbero essere vigorosamente respinti da tutti, soprattutto da noi che invece crediamo a certi valori.

Prendo atto con soddisfazione che il cons. Frasnelli, con chiarezza e fermezza, ha espresso voto favorevole su questo emendamento e da questo punto di vista credo che, almeno in questa circostanza e non poteva essere altrimenti, non so se l'SVP si comporterà diversamente dall'indicazione suggerita dal cons. Frasnelli, ma non potrebbe essere altrimenti che l'SVP non dichiarasse con chiarezza la sua posizione contro ideologie, correnti di pensiero neonaziste, neofasciste o razziste. Resta comunque l'amarazza del fatto che purtroppo le parole "solidarietà, diritti umani, pace" le abbiamo già eliminate anche con il vostro voto ed ho chiesto spiegazioni al Vicepresidente Pahl, però qualche altro consigliere dell'SVP, magari più sensibile su questi temi, qualcosa avrebbe potuto dire, forse allora anche l'apprezzamento verso questo emendamento avrebbe avuto maggior valore.

Però non possiamo che constatare con rammarico questo atteggiamento contraddittorio da parte dell'SVP, ci auguriamo che almeno su questo emendamento si vada fino in fondo ed ottenga l'appoggio di tutto il Consiglio.

PRÄSIDENT: Die Abg. Klotz hat das Wort. Bitte.

KLOTZ: Ich möchte nur von den Einbringern folgende Antwort wissen: Wem vertrauen Sie den Maßstab in dieser Angelegenheit an? Wer legt den Maßstab dafür an? Oder wer bestimmt den Maßstab, was eine fremdenfeindliche Ideologie ist und was nicht? Wer beurteilt das? Welche Instanz soll das feststellen und werten? Wer soll hier werten? Ich hätte damit einige Schwierigkeiten mich irgend jemandem anzuvertrauen. Ich denke hier beispielsweise an das Urteil von Richter Mori betreffend das Mussolini-Etikett, wonach also der Ankläger, gehört wegen blödsinniger Anzeigen, angezeigt wurde, weil er damit den Geschäftsinhaber Schaden zugefügt hat. Der Geschäftsinhaber habe Zeit und Geld verloren, weil er bei Gericht hätte soundso viel unternehmen müssen, soundso viel Zeit verloren hätte. Ja, aber wer beurteilt das? Welche Instanz? Das möchte ich von den Einbringern wissen. Denn ich denke, daß wir hier einige Schwierigkeiten bekommen in dieser Bewertung. Jedenfalls erwarte ich mir eine klare Aussage, wer das im konkrete Fall bestimmt und festlegt. Nach welchem Maßstab? Ist es eine Art Verfassungsschutz? Nach welchen Kriterien? Nach welchen Maßstäben? In Deutschland könnte man sich auf die Berichte des Verfassungsschutzes berufen, was auch in verschiedenen Punkten nicht unbedingt klar ist, wo man nicht immer den Eindruck hat, daß die wirklich objektiv urteilen, aber ich möchte nur wissen, was ihr euch darunter vorstellt. Ob das die Regierung bestimmt oder wer? Oder die Justiz?

PRÄSIDENT: Der Abg. Atz hat jetzt das Wort. Bitte schön.

ATZ: Danke, Herr Präsident.

Ich möchte schon zu bedenken geben, daß es an und für sich diesen Antrag überhaupt nicht brauchen sollte. Es sollte von uns aus überhaupt überflüssig sein, solche Diskussionen hier in der Aula abzuführen. Daß wir uns als Mehrheit keinen extremistischen Organisationen anschließen würden, das sollte schon klar sein und in diese Richtung muß ich auch sagen, Kollegin Klotz, so viel Vertrauen und Urteilsfähigkeit sollten wir unserem Ausschuß schon noch zutrauen, daß sie unterscheiden können von eventuellen extremistischen Organisationen oder eben nichtextremistischen.

Übrigens gibt es heute in der Organisation EU noch keine extremistische. Aber auch wir von der Südtiroler Volkspartei sind einverstanden, daß es sicher an der richtigen Zeit ist, Zeichen zu setzen in diese Richtung gegen Radikalismus, gegen Rassismus und gegen das Wiederaufflammen des Nazismus. Damit sind wir einverstanden, auch wenn wir glauben, daß es überflüssig sein sollte. Aber scheinbar ist es eben nicht überflüssig. Die Diskussion hier drinnen zeigt es wohl. Wegen der gerade in der letzten Zeit zahlreichen extremistischen Anschläge und Vorkommnisse sind auch wir gerne bereit dieses politische Signal zu unterstützen. Ich bitte im Namen der Südtiroler Volkspartei den Ausschuß sich diesem Antrag anzuschließen. Danke sehr.

PRÄSIDENT: Zuerst war noch der Abg. Taverna. No. Es war ein Fehler.

Sind keine Wortmeldungen mehr? ...Ich habe mir gedacht, Sie sind dagegen.

Dann bitte den Ausschuß. Noch einmal Abg. Benedikter? Ein paar Minuten, kurz.

BENEDIKTER: Ich erkläre, daß ich voller Bewußtsein dagegen stimmen werde. Warum? Ich habe den Faschismus erlebt, ich bin 1918 geboren, habe ihn erlebt. Und begonnen hat es damit, sobald er am Ruder war, daß Leute, die im Verdacht gestanden sind, daß sie mit dem Faschismus nicht einverstanden sein könnten, daß sie gegen diese neue Regierung, gegen gewisse Reformen usw. etwas unternehmen könnten oder daß sie Vereinigungen gründen könnten, eine Gegenpartei, als Gegner des Faschismus betrachtet worden sind und deswegen von den öffentlichen Ämtern ausgeschlossen wurden. Sie sind dann, soweit der Faschismus dann nach und nach gehen konnte, verfolgt worden. Nur weil die Regierenden der Ansicht waren, daß das Gegner sind. Damit hat der Faschismus begonnen und hat eben sich so ausgewirkt. Selbstverständlich habe ich den Nazismus nicht erlebt - ich habe ihn nicht erlebt. Ich habe den Faschismus erlebt, so hat sich eben der Faschismus am schlimmsten ausgewirkt, daß nämlich diejenigen dann auch verfolgt worden sind, nur weil man der Ansicht war, daß sie ein geistiger Gegner sind.

Ich bin der Ansicht, daß wenn eine Vereinigung da ist, aus deren Satzungen herauszulesen ist, daß sie eben dieses Gedankengut pflegen will und fördern

will, wir schon die Verfassung als Handhabe haben, wir brauchen nicht mehr. Aber nicht weil wer regiert und wer über das Geld verfügt den Verdacht hätte, die könnten eventuell extremistisch sein, kann darüber bestimmen. Das entspricht meiner Ansicht nach genauso der Mentalität wie sie damals Überhand genommen hat und wie sie nicht sein darf und wie sie auch bekämpft gehört. Aber nicht mit solchen Phrasen.

PRÄSIDENT: Jetzt glaube ich, haben die Redner aus den Reihen der Abgeordneten... Zendron noch einmal, das zweite Mal? Zur Replik wollten Sie ja was sagen, dann müssen wir zuerst fragen, ob jemand von den Abgeordneten noch reden will? Ich sehe niemanden. Wenn der Ausschuß Stellung nehmen will? Bitte, Assessor Pahl.

PAHL: Ich bin mit dem Antrag einverstanden im Sinne der Interpretation, die hier von der SVP abgegeben worden ist und teile die gleichen Begründungen. Wie die SVP schon sagte, wäre es nicht notwendig das aufzunehmen. Ich habe diesen Standpunkt überall vertreten, aber im Sinne einer besonderen Aktualität von Ereignissen, die wir in europäischen Ländern sehen, Fremdenfeindlichkeit, Anschläge, mag es in diesem Fall durchaus zulässig sein, daß wir diese Deklaration, die nicht unmittelbar zum Gesetz gehört, hineinbringen.

Also ich bin einverstanden für den Ausschuß, daß dies angenommen wird. Nur darf ich eine Interpretation hinzufügen, die relativ restriktiv ist, indem sie nämlich das Anliegen, das hier drinnen ist, unterstreicht und hervorhebt. Denn es steht hier: ... mit Ausnahme jenen, die sich mit nationalsozialistischen, neofaschistischen oder fremdenfeindlicher Ideologie beschäftigen oder sie in ihrer Tätigkeit zeigen. Der Nationalsozialismus historisch ist vorbei; der italienische Faschismus historisch auch; gemeint kann hier also nicht nur das sein was sich ausdrücklich auf den Nationalsozialismus aus der Hitlerzeit bezieht oder auf den Faschismus aus der Zeit Mussolinis, sondern auf alles was in irgendeiner Weise sich gegen Volksgruppen, Minderheiten, gegen einzelne Völker oder gegen die Anwesenheit von fremden Gruppen aus dem Ausland auf dem eigenen Territorium richtet. Das heißt alles was nationalistisch ist, was auf den Bruch von Menschenrechten hinausläuft, ist also in diesem Sinne gemeint. Das heißt, es ist ein sehr sehr strenges Maß, das hier angelegt wird und in diesem Sinne und das möchte ich sagen - kommt ja zu Protokoll ist also die Haltung des Ausschusses und ich denke wohl auch der Mehrheit hier und auch im Sinne der SVP glaube ich - ist das dann so anzuwenden. Denn sonst müßte ich vorschlagen, daß die Formulierung etwas geändert wird, indem man sagt: nicht nur nationalsozialistisch, schon bereits nationalistisch, aber wir brauchen das jetzt nicht mehr zu ändern... Bitte, stimmt nicht.

(Unterbrechung - interruzione)

PRÄSIDENT: ...neonaziste steht geschrieben.

PAHL: ...Gut ich glaube, wir sind uns einig, denn das deutsche Wort "fremdenfeindlich" ist eine leichte Abschwächung des Wortes "rassistisch". Rassistisch ist natürlich stärker, aber ich glaube, wir brauchen da nicht länger zu reden; was gemeint ist, ist klar. Alles was in irgendeiner Weise, sei es im Statut, das versteht sich sowieso, oder in der Handlungsweise auch in der Intention, auch nicht bloß im Statut, sondern in Schriften, die herausgegeben werden, ein solches Gedankengut wiedergibt, schließt von selbst von vornherein jede Förderung aus. Also ein sehr strenges Maß, in dem Sinne bin ich einverstanden. Mit Bezug auf die Aktualität, die gewisse Ereignisse uns zeigen, ist es notwendig, daß wir dies ausnahmsweise praktisch deklaratorisch festhalten, obwohl es mit dem Gesetz ja direkt gegeben ist, weil es um ein Beitragsgesetz geht. Aber ich glaube, das hier ist dann praktisch ad hoc eine politische Erklärung von generellem Charakter und das mag sinnvoll sein, obwohl es sonst auf europäischer Ebene derzeit keine Vertretungen von Minderheiten gibt, die nicht demokratisch wären - ich meine die großen Vertretungen. Da denke ich an die FUEV oder viele andere. Aber das hat grundsätzlichen Wert. In diesem Sinne stimme ich den Antragstellern bzw. deren Kollegen, die sich von der SVP dazu geäußert haben, Fraktionssprecher Atz und Kollege Dr. Frasnelli zu.

PRÄSIDENT: Dann hat die Einbringerin das letzte Wort.
Bitte schön, Frau Abg. Zendron.

ZENDRON: Grazie Presidente. Vorrei fare una replica brevissima, per lasciare poi anche agli altri presentatori di questo disegno di legge un po' del mio tempo di replica, se possibile.

Vorrei ringraziare tutti quelli che hanno detto sì e dire che per questa volta sono d'accordo nell'interpretazione che l'assessore Pahl ha dato, dopo aver equivocato, non per sua colpa, sul testo, perché il testo tedesco è un po' differente da quello italiano e ci siamo poi capiti.

Anch'io credo che sia importante inserire questa formulazione, proprio oggi in relazione all'attualità e a questi nuovi nazionalismi, di fronte ai quali assistiamo ad un fenomeno strano, ma che trovo estremamente pericoloso, anche di rappresentanti di interessi di vecchie minoranze, che poi però sulle questioni delle nuove minoranze, o dei diritti dei nuovi gruppi di immigrati hanno un atteggiamento estremamente conflittuale, cioè cercano di avere i diritti per antiche minoranze radicate, non riconoscendo per nulla quelle invece dei nuovi immigrati.

Credo in questo senso sia importante dire sì in relazione all'attualità, non stiamo pensando al nazionalsocialismo o al vecchio fascismo, infatti ho usato le parole "neo", per far capire che ancora oggi le organizzazioni che si pongono concretamente contro i diritti delle minoranze, oggi anche nei paesi in Germania, in Italia e in Austria, però idealmente o nelle simbologie, pur magari non conoscendo la storia, loro stessi riconoscono un collegamento con questi periodi di storia ed è in questo senso quello che chiede la cons. Klotz, chi decide qual è la misura, di solito accanto alle leggi vi è pure un regolamento d'esecuzione.

Ho detto all'inizio che dovrebbe essere scontato, però oggi in Europa non è affatto scontato che, occuparsi dei diritti dei popoli sia un fatto che esclude logiche di questo genere, perché purtroppo assistiamo, accanto ai movimenti di riconoscimento dei diritti dei popoli che in gran parte condividiamo, assistiamo però anche a fenomeni che cercano di usare le questioni etniche in un'ottica di provocazione e di conflitto e non invece di crescita complessiva della democrazia, quale sarebbe l'ovvio risultato del riconoscimento dei diritti e delle diversità.

Normalmente il riconoscimento dei diritti e delle diversità è un fattore fondamentale per la crescita della democrazia, una democrazia non è completa e matura se non riconosce i diritti delle minoranze, dei diversi, dei gruppi non omogenei a tutti i livelli. Non possiamo ignorare che anche questi principi stanno dando luogo in Europa a delle situazioni, a delle interpretazioni e a degli sviluppi politici che non sono quelli che invece noi cercavamo. Credo che l'assessore Pahl sarà capacissimo di capire dalle persone, dalle cose che scrivono in che direzione va, se ci sono dei coinvolgimenti o dei collegamenti delle associazioni che chiedono finanziamento o comunque a cui lui vuole dare finanziamenti, che ci sono dei collegamenti con attività o con manifestazioni di pensiero che non vanno nella direzione da noi auspicata, lui eviterà di finanziarli. Quindi non credo che dovremo essere noi a dire esattamente entro quale misura.

PRÄSIDENT: Bitte, Abg. Passerini.

PASSERINI: Voglio ricordare il testo della legge. Si dice che la regione stabilisce rapporti con le organizzazioni europeiste e le associazioni che rappresentano i gruppi etnici e le minoranze linguistiche d'Europa. Questo sarebbe il testo, noi introduciamo un emendamento che dice "secondo alcuni criteri". Ora la cons. Klotz chiedeva chi determina la misura e già la collega Zendron ha spiegato come, mentre io vorrei aggiungere altre considerazioni. La Giunta determina quali sono queste associazioni con la stessa discrezionalità con la quale stabilisce quali sono le organizzazioni europeiste e le associazioni che rappresentano i gruppi etnici e le minoranze linguistiche d'Europa, perché questo testo non definisce le associazioni, individua un criterio pur sempre generico, perché organizzazioni europeiste vuol dire tutto, come associazioni che rappresentano i gruppi etnici.

Faccio un esempio. Può darsi che la Giunta stabilisca di dare contributi ad associazioni mussulmane, perché anche quelle rappresentano delle minoranze linguistiche d'Europa, può decidere di darli questi soldi, così come può decidere di non darli, perché questo articolo non stabilisce quali sono le minoranze linguistiche, nè stabilisce quali sono le organizzazioni europeiste. Quindi si può parlare di qualsiasi minoranza linguistica.

Nella discrezionalità con cui la Giunta eroga i contributi, con la stessa discrezionalità con cui stabilisce queste associazioni, stabilirà quali sono le associazioni che si ispirano a ideologie correnti di pensiero neonazista, neofascista o razzista.

Le faccio un esempio, cons. Klotz, se un'associazione in Alto Adige o in Tirolo, che magari rappresenta una minoranza linguistica, però partecipa ad una

manifestazione neonazista, non è richiesto che abbia nello statuto il fatto che questa associazione è antinazista, ma il suo comportamento di fatto, partecipando questa associazione ad una manifestazione neonazista, la stabilisce come un'associazione che si ispira a ideologie e correnti di pensiero neonaziste.

Quindi il Vicepresidente Pahl, nel momento in cui vedrà che un'associazione, che pur rappresenta una minoranza linguistica, ma partecipa a manifestazioni di chiara ispirazione neonazista, neofascista o razzista, non gli darà i contributi. Mi pare che questo possa essere uno dei criteri concreti.

PRÄSIDENT: Danke.

Jetzt wollte ich nur noch sagen, daß wir hier in der Übersetzung, die ein bißchen frei gemacht worden ist, schön, aber frei, daß wir wörtlich bleiben, und zwar würde ich vorschlagen: "mit Ausnahme jener denen eine neonazistische, neofaschistische oder rassistische Ideologie oder Geistesströmung... Nein das ist das gleiche wie Ideologie - Geistesströmung - hier steht "ideologia o correnti" - Geistesströmungen zugrunde liegt". Das ist sehr wörtlich übersetzt, aber es geht, glaube ich auch sprachlich recht gut. Ist es korrekt so im Sinne der Einbringer? Gut.

Dann bringen wir es so zur Abstimmung. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben? Wer stimmt dagegen? Eine Gegenstimme. Wer enthält sich der Stimme? Eine Enthaltung.

Bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung ist dieser Abänderungsantrag angenommen.

PRÄSIDENT: Und jetzt kommen wir zum nächsten. Benedetti, Zendron, Passerini Prot. Nr. 2639:

Il comma 6 dell'articolo 2 è soppresso.

Absatz 6 des Artikels 2 ist aufgehoben.

Abg. Benedetti. Zurückgezogen?

Ist der Abg. Willeit... er ist jetzt nicht da. Der Abg. Willeit hat sich für heute entschuldigt. Wir müssen den Artikel behandeln, bevor wir den Artikel 2 abstimmen, weil es sonst zu spät ist.

Dann kommt noch einmal Benedetti, Passerini, Zendron, Kury Prot. Nr. 3125:

Al comma 6 dell'articolo 2 le parole... Ritirato?

Abg. Benedetti hat das Wort.

BENEDETTI: Grazie Presidente. Nella sostanza questo emendamento mette in risalto come noi con questa legge andiamo a finanziare le spese di funzionamento di enti e associazioni. E' contro la mia natura, perché andiamo a finanziare le spese di gestione, ma posso immaginare quanti e quali enti ed associazioni si appelleranno a questo articolo, mettendo in piedi strutture a livello di ufficio, che siano sempre presenti sul

territorio, senza fare bene i conti e pensando che questa legge possa finanziare loro, quelle che sono le spese di gestione.

Penso che un organismo, un ente, un'associazione di questo tipo, cioè che persegua quello che noi abbiamo detto nelle premesse di questa legge e quindi l'integrazione europea o comunque sia a tutela di minoranze linguistiche del nostro territorio e non solo, debba sicuramente trovare un autofinanziamento per quanto riguarda la sua struttura. Sono d'accordo che si finanzi e si partecipi come regione a quanto l'ente mette in campo, però pagare la bolletta del telefono all'associazione o all'ente mi sembra pericoloso, anche perché il quantificare queste spese riesce sempre difficile e teniamo presente che nelle spese di funzionamento potrebbero esserci anche le spese di personale. Quindi penso sia un aggravio dato alla legge.

Poi c'è un fatto personale, che si ripete spesso nelle leggi provinciali trentine, dove sicuramente le spese di funzionamento non vengono mai prese in considerazione, proprio per stimolare l'associazione o l'ente a lavorare su progetti ben definiti e a mettere in campo dei progetti che possono essere sì finanziati, però penso che con l'inserimento di questa dizione creiamo ancora degli apparati; infatti questi enti e queste associazioni diventano degli apparati a sè stanti, autonomi, che metteranno in piedi spese che poi la regione un giorno o l'altro non saprà più sostenere, creando problemi che già molti enti hanno dimostrato di non saper portare avanti.

Quindi questo è un po' il senso, rivaluterei magari il finanziamento fatto su quanto l'associazione riesce a mettere in campo, ma sono assolutamente contrario a finanziare le spese di funzionamento di questi enti.

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Benedetti.

Abg. Arena, prego. Entschuldigung. I'm sorry.

Abg. Chiodi, prima.

CHIODI: Di solito non dimentico, però la legge 10, assessore Pahl, funziona già e con meno denaro persegue alcuni obiettivi. Mettere in legge che si può dare sostegno a iniziative e le spese di funzionamento mi pare di fare una proposta che si faceva una volta nei paesi dell'Est, cioè noi non possiamo aiutare delle associazioni che già operano in un modo così ampio, cioè se noi diciamo che le associazioni che ci sottopongono le iniziative, le sovvenzioniamo all'80%, al 90%, al 75% è una cosa, però potrebbe diventare pericoloso mettere in legge specifiche iniziative per il funzionamento, significa che dovremo pagare affitti, comprare materiale, pagare personale.

Assessore Pahl, credo che questa proposta esca dalla logica che è anche la proposta nella legge 10, perché in questo modo non andiamo ad aiutare le associazioni che già operano in questo settore e che magari siamo stati capaci di valutare se opera bene o male, ecc., ma davvero creiamo la possibilità, alla nascita di altre associazioni che per vari motivi riescono ad entrare in questo giro e noi paghiamo qualsiasi tipo di attività a queste associazioni. Credo che questo non sia possibile, perché nasceranno associazioni di serie A, di serie B e di serie C.

Allora credo che alcune spese delle associazioni e degli enti che potranno aderire e fare la richiesta su questa legge potremo decidere come e che tipi di intervento fare, adesso per esempio la legge 10, per le scuole che fanno gemellaggi o delle classi scolastiche che fanno degli scambi, quanto dà di contributo? Quanto magari le associazioni giovanili riescono ad avere? Allora potremo pensare di aumentare questo tipo di intervento, perché dovrebbe andare nell'ottica e se la legge fosse come l'ha proposta lei ancora di più! Però se noi incominciamo a toccare altri settori significa che noi possiamo commettere degli errori.

Allora voglio dire che forse sarebbe meglio fare come nella legge, di cui anch'io sono proponente, dove diciamo che, per gli aiuti agli Stati in difficoltà, siamo disponibili a dare dei contributi per interventi che siano interventi veri, però non paghiamo il personale, le strutture, i viaggi. Allora in questo modo si riesce a controllare anche l'operato, ma come facciamo poi a controllare l'operato se noi diamo anche questo alle associazioni, se gli paghiamo l'affitto, il personale, le strutture! Come facciamo a sapere se è giusto che questa associazione abbia 2, 3, 4, 5, dipendenti? Possiamo correre il rischio di innescare un passaggio difficile da controllare, credo che sarebbe meglio modificarlo e questa cosa gestirla come regolamento.

PRÄSIDENT: Der Abg. Arena zuerst und nachher Abg. Gasperotti.

ARENA: Presidente, non intervengo se non viene garantito in aula il silenzio, perché trovo intollerabile questo andazzo del Consiglio regionale.

PRÄSIDENT: Danke. Sie haben recht, Abg. Arena. Wir sind in einer ein bißchen fortgeschrittenen Stunde und die Leute sind ein bißchen müde, aber ich bitte trotzdem sich auf die Plätze zu begeben und bitte sich ruhiger zu verhalten. Danke schön.

Bitte schön, Abg. Arena.

ARENA: Grazie Presidente. Richiamo l'attenzione dei colleghi su questa dizione del testo così come ci è proposta e quindi l'importanza di votare a favore di questo emendamento, perché è pericolosissimo quello che è scritto in questa legge in questo momento. Vi faccio notare il collegamento fra la norma e quello che viene proposto; si dice nell'art. 2 che è stato approvato, che la Giunta regionale promuove iniziative e sostiene eventualmente con la propria adesione le associazioni e gli istituti che si occupano di problemi riguardanti i gruppi etnici e le minoranze linguistiche. Quindi promuove ed eventualmente aderisce a queste associazioni.

La lettera e/bis) dice che può aderire ad istituti, centri di studio ed organismi formativi e culturali che perseguono istituzionalmente finalità europeistiche ecc. Dopo di che si dice che può sostenere le spese di funzionamento di queste associazioni. Allora cosa vedo io alla fine di questo percorso? Che la Giunta regionale promuove l'istituzione di centri di studio, di associazioni che si occupano di questi temi e poi ne finanzia il funzionamento.

Quindi noi corriamo il rischio reale e concreto di avere centri di ricerca, associazioni e comunque organismi di carattere formalmente privato, che di fatto sono istituiti da un soggetto pubblico, come è la Giunta regionale, quindi in particolare da una maggioranza all'interno della regione e poi vengono sostenuti nelle spese di funzionamento. Questa è una violazione del principio di uguaglianza, perché il principio di uguaglianza dice che tutti i cittadini, quindi anche quelli associati, sono uguali di fronte alla legge, mentre noi ci troviamo di fronte ad una proposta che, se non viene accettato l'emendamento proposto da Benedetti, farà sì che alcune associazioni in Italia e nella nostra regione in particolare, godranno di un sostegno pubblico permanente per il loro funzionamento, quindi non il sostegno per la specifica iniziativa, ma permanente per il loro funzionamento, quindi personale, affitto, luce, riscaldamento, a differenza di altre associazioni che non facendo parte del contesto, cui fa riferimento questa legge, non godranno di questo sostegno.

Questo è a mio avviso, dal punto di vista politico, estremamente pericoloso, perché segna la possibilità in questa regione di avere delle associazioni e dei centri di studio che rispetto ad altre associazioni e centri che non godono di questo sostegno saranno privilegiate. Quindi questo significa che surrettiziamente noi potremo avere dei soggetti che sono formalmente privati, ma di fatto sono braccia e menti sostenute finanziariamente dalla Giunta regionale.

Comunque credo che un principio come questo non possa mai passare giuridicamente, sarei molto stupito se il Governo su questo non intervenisse sostenendo che è una violazione del principio di uguaglianza, perché questa è una violazione del principio di uguaglianza. Le associazioni in Italia sono disciplinate dall'art. 18, che dice che tutti i cittadini sono liberi di associarsi per fini che non sono vietati dalla legge, ma la libertà di associazione comporta la possibilità di creare associazioni che possono trovare nel soggetto pubblico un sostegno per specifiche iniziative, ma non per le spese di funzionamento.

Sono abbastanza sbalordito di fronte alla improntitudine di chi ha scritto questo comma, perché le spese di funzionamento di un'associazione o di un centro di ricerca non possono essere sostenute da un soggetto pubblico, semmai possono essere sostenute singole iniziative e questo continuerà a succedere, certo l'associazione che chiede un sostegno per un convegno, per una ricerca, va benissimo, ma non le spese di funzionamento.

Su questo aspetto una risposta dalla Giunta, ma mi auguro che prevalga la ragionevolezza, se non prevale la ragionevolezza in sede politica sono sicuro che prevarrà la ragione in sede giuridica, perché qui c'è la violazione di un principio costituzionale.

PRÄSIDENT: Abg. Gasperotti jetzt. Danke.

GASPEROTTI: Grazie Presidente. Anch'io sollevo tale questione, non negando la necessità di finanziare anche il finanziamento all'interno di una proposta budget, che è legata sia all'attività che viene presentata dall'associazione alla Giunta, sia a

rendicontazione di iniziative già intraprese. Quindi deve essere un andare e venire di riscontri di attività e all'interno delle attività c'è anche il funzionamento; se il funzionamento è interno di un'iniziativa ritengo sia finanziabile, se invece, come diceva il cons. Arena, la questione è prima ancora dell'iniziativa si corre il rischio di avere due metri e due misure.

Aspetto un chiarimento dall'assessore per non perdere altro tempo.
Grazie.

PRÄSIDENT: Die Abg. Klotz hat das Wort.

KLOTZ: Es stellt sich die Frage, ob hier nicht überhaupt jetzt der Bezug auf Abschnitt e\bis herausgenommen werden sollte, nachdem das ja abgeändert worden ist. Punkt e\bis ist von der Regierung abgeändert worden, ist durchgegangen. Sie kann Einrichtungen beitreten, die europabezogene Zielsetzungen haben oder auf die interregionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit abzielen. Die Frage ist, ob nicht überhaupt von diesem Absatz 6 der Bezug auf Buchstabe e\bis herauskommen soll. Das hat jetzt kaum mehr einen Sinn. Das hat nicht unbedingt mit besonderen Initiativen zu tun, denn ansonsten müßte man wirklich sagen, daß das Ganze unklar wird und daß dann natürlich die Unterstützung besonderer Initiativen tatsächlich auch verstanden werden könnte, daß die Region verschiedenen Einrichtungen beitrifft oder solche mitbegründet und diese dann trägt, und das kann doch auch nicht der Sinn der Sache sein. Also konkret, ob man immer noch den Bezug auf e\bis überhaupt behalten will?

PRÄSIDENT: Weitere Wortmeldungen? Keine.

Möchte der Ausschuß Stellung nehmen zu den aufgeworfenen Fragen?
Bitte schön, Assessor Pahl.

PAHL: Diesen Antrag empfehle ich abzulehnen. Hier geht es um nichts lebenswichtiges. Es wird aber nur folgendes in der Sache festgestellt: Nachdem im Sinne des Gesetzes dem Ausschuß daran gelegen sein muß, wichtige Initiativen zu fördern, ist es in Ausnahmefällen, wenn es sich um Vereinigungen handelt, die eine besondere Größenordnung, eine besondere Wichtigkeit haben - und das werden nur ganz wenige sein - auch sinnvoll eventuell einen kleineren, aber nicht größeren, sondern kleineren Beitrag für die normale Führung der Tätigkeiten zu geben. Dann allerdings würden wir in solchen Fällen vorsehen, daß auch ein Beamter von uns das Recht erhält, in deren Buchführung und in deren Geschäftsgebarung Einsicht zu nehmen. Denn nur auf einer Einschätzung auf solcher Grundlage könnte man überhaupt einen Beitrag geben.

Wie gesagt, das ist nichts lebenswichtiges, aber andererseits ist es eine gewisse Konsequenz aus dem Bestreben Tätigkeiten zu unterstützen, denn es kann große Vereinigungen geben, die über sehr wenig Geld verfügen und auch wenn man nur bestimmte Initiativen unterstützt, brauchen sie ja doch ein funktionierendes Büro, für das sie dann nicht unbedingt viele Mittel zur Verfügung haben. Besonders wenn es

Vereinigungen sind, die sehr viele Vertreter aus den östlichen Ländern haben und ein solcher Wunsch ist öfters an uns herangetragen worden. Und wir haben gesagt, wir können das prüfen, wenn man eine solche Förderung gibt, dann in sehr begrenztem Maße und nachdem wir die Möglichkeit erhalten haben die Geschäftsgebarung genau einzusehen. Aber das ist natürlich nicht das Primäre, sondern das Sekundäre, trotzdem würde ich empfehlen also bei unserem Text zu bleiben.

PRÄSIDENT: Bitte, im Namen der Einbringer.

Zuerst Prof. Arena, glaube ich, er war zuerst.

ARENA: Assessore Pahl, la ringrazio per la precisazione, mi sembra che lei si stia incamminando su una strada che credo sia molto più ragionevole, vorrei però farle notare, se mi consente, che nella dizione attuale di questa norma si dice che gli interventi riferiti alle lettere c/bis) ed e/bis) possono riguardare il sostegno di specifiche iniziative e le spese di funzionamento di enti ed associazioni. Questo letteralmente vuol dire che gli interventi finanziari possono riguardare, quindi basta ci sia una divisione in questo senso, le spese di funzionamento.

Lei adesso verbalmente sta dicendo che questi saranno casi eccezionali, ma prima di tutto qui non c'è scritto; secondo, ricordo che nella Costituzione c'è scritto che in casi eccezionali di necessità ed urgenza il Governo può adottare decreti legge e lei sa meglio di me, come sanno tutti i colleghi, che i decreti legge vengono ormai adottati dal Governo ogni giorno, anche quando non sono affatto casi eccezionali di necessità ed urgenza.

Allora se persino il testo costituzionale, che è la Costituzione, consente queste interpretazioni che assolutamente sono contro la legge, mi domando che cosa non potrà succedere un domani di fronte a questo tipo di dizione. Paradossalmente domani fondo un'associazione che dice di occuparsi di problemi delle minoranze etniche o dell'Europa, poi vengo da lei e le chiedo il finanziamento delle spese di funzionamento e sulla base di questa legge lei me lo deve dare il finanziamento.

Allora la prego di considerare questo punto, come un punto che non è affatto secondario, perché questo mette alcune associazioni in una posizione di privilegio rispetto ad altre associazioni. Fra l'altro altre associazioni, quelle che si occupano di farfalle, di funghi, di qualsiasi altra cosa, legittimamente potranno impugnare questa norma e dire: scusate, perché loro devono avere il finanziamento per le spese di funzionamento e noi no. Qui c'è una disparità di trattamento evidente.

Siccome vedo che lei su questo mi sembra di aver capito che nella sostanza è d'accordo, la pregherei di considerare, insieme con il Presidente della Giunta, questo punto come tutt'altro che secondario, perché secondo me è estremamente pericoloso, apre una strada alla fine della quale non sappiamo che cosa ci sia.

PRÄSIDENT: Bitte, Abg. Benedetti. Sie haben das Wort.

BENEDETTI: Grazie Presidente. Sulla secondarietà di importanza di questo emendamento avrei qualche dubbio, anche perché mi spingo avanti, allora vedo un po' la legge nel suo complesso.

Se la proposta legislativa dovesse passare come la Giunta o l'assessore l'ha presentata, probabilmente avremo un unico controllo, cioè avremo nella persona di Pahl chi decide e quindi è per non mettere in difficoltà lei che questo emendamento va approvato, perché è fuori dubbio che lei in qualità di assessore avrà delle pressioni, sappiamo benissimo che ci sono delle associazioni che sono nate anche all'interno dei nostri partiti e queste sono attualmente finanziate da questa legge, non condivido, ma sono finanziate, quindi è logico che lei avrà delle pressioni per finanziare questa o l'altra associazione, perché è così, sta nelle cose; so che lei è integerrimo nel suo lavoro, ma mi sembra un assurdo che lei possa analizzare, se contiamo tutte le associazioni e gli enti che promuovono le finalità di questa legge, se tutti le richiedono un contributo per le spese di gestione non so come lei possa fare a determinare quale sì, quale no, se questa è grande, se questa è piccola.

Cosa vuol dire l'associazione grossa? Non mi sembra un parametro legislativo, assessore, dire daremo poco all'ente di grande portata e daremo niente all'associazione piccola. Penso che l'associazione piccola possa mettere in campo un convegno estremamente grande, pur non avendo le spese di gestione e dare un contributo notevole alle finalità di questa legge, contro il grande apparato della grande associazione, che invece può dare meno. Lei è titolare anche di un'altra legge regionale, che è quella dei fondi per i paesi svantaggiati, anche lì si registra questa anomalia, che probabilmente le due associazioni più forti sul nostro territorio, vale a dire Caritas, per fare un esempio, hanno una fetta abbondante di quel contributo ed invece associazioni minori non lo hanno, ma se andassimo a paragonare quanto si mette in campo, probabilmente i parametri non fossero quelli.

Quindi non mi sembra un parametro il grande o il piccolo, ecco perché toglierei le spese di funzionamento e le spese di gestione, che non hanno niente a che fare con le finalità di questa legge, ma guarderei cosa effettivamente l'ente e l'associazione mette in campo. Non lo vedo un fatto assolutamente secondario, penso che tutti dovremmo ragionare in questi termini.

Il cons. Taverna prima faceva l'esempio delle nostre associazioni di solidarietà, che a suo dire sono sovvenzionate anche su questo tema, non ho alcun problema ad asserire che quando andremo ad analizzare queste associazioni sicuramente dovremo comportarci nello stesso modo, è assolutamente assurdo che si vada a mettere insieme apparati che diventano poi para-pubblici, ho visto anche i parametri che avete messo nella legge, mi sembra un contributo massimo del 50%, che è sostanzioso: Quindi andiamo a mettere insieme dei piccoli enti para-pubblici, dando l'illusione che si possa vivere di questo, mentre penso che chi persegue le finalità di questa legge lo debba fare sicuramente molto vicino, perché sente dentro di sé questa materia e quindi sia più un volontariato che altro, senza mettere insieme l'apparato che è sovvenzionato dal pubblico.

Penso che i nostri uffici ed i suoi in modo particolare, abbiano le strutture per riuscire a dare un apparato funzionale agli enti, l'associazione che ha bisogno di un ufficio pubblico per poter mettere insieme una certa manifestazione, penso si possa rivolgere all'ente pubblico, ma sicuramente non può mettere in campo personale e spese varie, per poi accollarle alla Regione.

Sono di questo avviso e la ringrazio.

PRÄSIDENT: Der Abg. Benedetti. Bitte schön.

BENEDETTI: Chiedo la votazione per appello nominale.

PRÄSIDENT: Jetzt müßt Ihr schon noch ein bißchen bleiben, weil jetzt haben wir in ein paar Minuten fertig, aber wir müssen noch abstimmen. Abg. Chiodi. Wir sind in Replikphase. Haben wir noch Zeit? Zwei Minuten. Siamo in replica e ci sono ancora due minuti, se Lei è firmataria. Non è firmataria. Nichts. Tut mir leid. Wir sind in der Replikphase, Frau Abg. Chiodi.

Gut, dann stimmen wir jetzt ab. Der Abänderungsantrag Benedetti, Passerini, Zendron, Kury.

Bitte schön, Abg. Benedetti, Appello nominale? Gut. Wer schließt sich dem Antrag an? Gut. In Ordnung.

Ich fange immer mit einer Frau an. Mit der Frau Abg. Kury fangen wir an. Mit Ihnen wird die Abstimmung begonnen. Wer mit dem Antrag Benedetti einverstanden ist, stimmt mit "Ja" und sonst mit "Nein".

DENICOLO': Kury (*ja*), Laimer (*nein*), Leitner (*non presente*), Leveghi (*non presente*), Magnabosco (*non presente*), Mayr C. (*nein*), Mayr J. (*non presente*), Messner (*nein*), Minniti (*sì*), Montefiori (*no*), Morandini (*no*), Moser (*no*), Munter (*nein*), Muraro (*sì*), Pahl (*nein*), Palermo (*non presente*), Pallaoro (*non presente*), Panizza (*no*), Passerini (*sì*), Peterlini (*nein*), Pinter (*sì*), Romano (*non presente*), Saurer (*nein*), Taverna (*sì*), Tosadori (*non presente*), Tretter (*non presente*), Valduga (*non presente*), Vecchi (*sì*), Viola (*sì*), Waldner (*non presente*), Willeit (*non presente*), Zanoni (*non presente*), Zendron (*sì*), Achmüller (*nein*), Alessandrini (*sì*), Andreotti (*no*), Arena (*sì*), Atz (*nein*), Benedetti (*sì*), Benedikter (*ja*), Benussi (*non presente*), Berger (*nein*), Binelli (*no*), Boldrini (*astenuto*), Bolzonello (*sì*), Bondi (*sì*), Casagrande (*no*), Chiodi-Winkler (*sì*), Cigolla (*no*), Conci-Vicini (*no*), Delladio (*sì*), Denicolò (*nein*), De Stefani (*sì*), Di Puppò (*non presente*), Divina (*astenuto*), Durnwalder (*non presente*), Fedel (*non presente*), Feichter (*non presente*), Frasnelli (*nein*), Frick (*nein*), Gasperotti (*sì*), Giordani (*no*), Giovanazzi (*non presente*), Grandi (*no*), Holzer (*no*), Holzmann (*non presente*), Hosp (*non presente*), Kasslatte Mur (*nein*), Klotz (*ja*), Kofler (*non presente*).

PRÄSIDENT: Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende: 48

Ja-Stimmen: 20
Nein-Stimmen: 26
Stimmenthaltungen: 2

Damit ist der Abänderungsantrag abgelehnt.

PRÄSIDENT: Ich sehe Aufbruchsstimmung im Saal. Damit kommen wir zum Schluß. Die nächste Sitzung ist am 16. Mai wie programmiert. Der Generalsekretär hat bereits übernommen, daß wir bis zum nächsten Mal die Abänderungsanträge, die jetzt noch kommen, schön zusammenstellen, damit wir ein bißchen das Arbeiten erleichtern können. Danke schön auch. Dann wünsche ich Ihnen noch einen schönen Abend und schönes Wochenende.

Die Sitzung ist geschlossen. Danke schön.

(ore 18.03)

INDICE

INHALTSANGABE

Disegno di legge n. 28:

Modifica della legge sulle iniziative per la promozione dell'integrazione europea e disposizioni per lo svolgimento di particolari attività di interesse regionale (presentato dalla Giunta regionale)

pag. 1-23

Gesetzentwurf Nr. 28:

Änderungen zum Gesetz über die Initiativen zur Förderung der europäischen Integration und Verfügungen für die Durchführung besonderer Tätigkeiten von regionalem Belang (eingebracht vom Regionalausschuß)

Seite 1-23

Sostituzione del consigliere Mauro Bondi (articolo 23 del Regolamento interno) quale membro della I^a Commissione legislativa

pag. 22

Rücktritt des Regionalratsabgeordneten Dr. Mauro Bondi als Mitglied der 1. Gesetzgebungskommission

Seite 22

**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER**

BENEDIKTER Alfons <i>(Gruppo Union für Südtirol)</i>	pag.	1-8-29-33
ZENDRON Alessandra <i>(Gruppo Verdi - Grüne - Vërc)</i>	"	4-12-15-20-23-28-35
WILLEIT Carlo <i>(Gruppo Ladins - Autonomia Trentino)</i>	"	5-10-17
PASSERINI Vincenzo <i>(Gruppo La Rete)</i>	"	7-21-24-30-36
ALESSANDRINI Carlo <i>(Partito Democratico della Sinistra)</i>	"	10
CHIODI WINKLER Wanda <i>(Partito Democratico della Sinistra)</i>	"	13-26-38
BENEDETTI Marco <i>(Gruppo A.D. - A.T. - P.S.D.I.)</i>	"	14-18-21-37-42-43
PAHL Franz <i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	"	14-34-41
TAVERNA Claudio <i>(Alleanza Nazionale)</i>	"	17
KLOTZ Eva <i>(Gruppo Union für Südtirol)</i>	"	19-32-41
BONDI Mauro <i>(Gruppo A.D. - A.T. - P.S.D.I.)</i>	"	23
KURY Cristina Anna <i>(Gruppo Verdi - Grüne - Vërc)</i>	"	25
FRASNELLI Hubert		

<i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	"	29
ATZ Roland <i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	"	32
ARENA Gregorio <i>(Gruppo La Rete)</i>	"	39-42